Sonntag, 7. August 1932
Nr. 176. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Faschistischer Mordanschlag auf Ernst Eckstein!

Handgranate ins Schlafzimmer geworfen

Folgen der Mordhetze der Heines und Genossen

Breslau, 6. August.

Heute morgen wurde auf den Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei, Rechtsanwalt und Stadtverordneten Genossen Ernst Eckstein ein feiger faschistischer Mordanschlag verübt. Um 0.50 Uhr, nachdem Gen. Eckstein von einer großen Mitgliederversammlung der Partei aus der Stadt in seine in Zimpel, Meisenweg 14, gelegene Wohnung nach Hause gekommen war und sich zu Bett begeben hatte, wurde von der Straße durch das geschlossene Fenster eine Eierhandgranate in sein Schlafzimmer geworfen.

Sie explodierte nur einen halben Meter vom Bette entfernt; es ist nur einem glücklichen Zufall zu danken, daß Gen. Eckstein nicht von Sprengstücken der Granate, die die Einrichtung des Zimmers demolierte und in Wände, Decke und Türfüllungen große Löcher riß, getroffen und getötet wurde.

Die Mordbuben flüchteten unerkannt in einem Auto, das aufgeblendet das Weite suchte. In der Wohnung befand sich zur Zeit des Attentats auch der Leiter des Soz. Schutzbundes.

Gegen Ernst Eckstein richtet sich seit Monaten die Hetze der Breslauer Nazis. Auf seine Wohnung wurden bereits verschiedentlich Anschläge verübt. So war vor einigen Wochen das Fenster, durch das jetzt die Eierhandgranate flog, mit Hakenkreuzen bemalt an einem Tage, wo mit der gleichen weißen Kalkfarbe die umgebenden Straßen in Zimpel die Aufschrift:

„SA lebt"

trugen.

Ein anderes Mal wurden von Nazis die Fenster eingeschlagen.

Am Wahlvorabend wurden uniformierte auswärtige SA-Leute dabei beobachtet, wie sie in das Haus eindrangen, um die Lage der Wohnung Ernst Ecksteins auszukundschaften.

Die aufgefundenen Sprengstücke rühren von einer Eierhandgranate her, wie sie beim Militär in Gebrauch ist.

Antifaschisten von Breslau

Was heute Ernst Eckstein betroffen hat, wird morgen andere betreffen! Sollen wie in Königsberg die Führer der Arbeiterparteien von Meuchelmördern abgekillt werden können? Es gibt nur einen wirksamen Schutz: Die proletarische Selbsthilfe, den Zusammenschluß aller Arbeiterorganisationen zum Arbeiterblock!

Wir fordern:

Sofortiges Verbot und Entwaffnung der SA-Mord-Organisation!

Sofortige Durchsuchung aller Breslauer SA-Heime und der bekannten Schlupfwinkel der Mörderorganisation!

Verhaftung der intellektuellen Mordanstifter Heines und Genossen die in Reden, öffentlich angeschlagenen Hetzplakaten und in ihrer Presse gegen Genossen Eckstein u. die Sozialistisch. Arbeiterpartei eine infame Hetze trieben!

Die sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbot um die Veranstaltung einer gemeinsamen Massendemonstration zu ermöglichen!

Arbeiter in Betrieben u. auf den Stempelstellen, nehmt sofort zu der faschistischen Gefahr Stellung, die durch den Mordanschlag aufs neue signalisiert wird!

Bombenexplosion in Braunschweig

Braunschweig, 6. August.

CNB. In der vorwiegend von Arbeitern bewohnten Langen Straße explodierte in den frühen Morgenstunden mit starkem Knall ein Sprengkörper. Eine amtliche Auskunft über den Vorfall war nicht zu erlangen. Das sozialdemokratische Organ „Der Volksfreund" berichtet, daß die Explosion große Verwüstungen angerichtet habe. An etwa 21 Häusern seien bis in die oberen Stockwerke hinauf viele Fensterscheiben — das Blatt spricht von einigen hundert — zertrümmert worden. Besonders in Mitleidenschaft sollen die in unmittelbarer Nähe der Explosion gelegenen Parterrewohnungen gezogen worden sein, in denen sogar die Fensterkreuze zerstört und Möbel beschädigt seien. In den Möbeln habe man Teile von Patronenhülsen und andere Sprengstücke gefunden. Mehrere Bewohner der Straße haben durch Glassplitter leichtere Verletzungen erlitten. Die Sprengwirkung soll ungleich größer gewesen sein als die des vor einigen Tagen verübten Anschlages. Ueber die Täter verlautet noch nichts. Die Polizei hat drei Verhaftungen vorgenommen.

Bombenanschlag auf das Kaufhaus Karstadt in Kiel

Kiel, 6. August.

WTB. Auf das Kaufhaus Karstadt wurde heute früh von unbekannt gebliebenen Tätern ein Bombenanschlag verübt. An einem Eingang des Warenhauses, der in der verkehrsstillen Pfaffenstraße liegt, wurde eine Bombe zur Explosion gebracht, die das schwere Eisengitter zerstörte und eine der großen Schaufensterscheiben eindrückte. Die Explosion war so heftig, daß auch an einer dem Warenhaus gegenüberliegenden Gastwirtschaft fast sämtliche Fensterscheiben zertrümmert wurden.

Bomben auf die Reichsbanknebenstelle Lötzen

WTB. Gegen die Reichsbanknebenstelle wurde in der vergangenen Nacht ein Bombenanschlag verübt. Es wurde erheblicher Sachschaden angerichtet. Die Polizei nimmt an, daß die Bombe mit Zeitzündung versehen war.

Der organisierte Nazimord

In der vergangenen Nacht krachten in den verschiedensten Teilen des Reiches wieder die Bomben und Handgranaten der losgelassenen SA-Banditen. Wie wohl organisiert und von langer Hand vorbereitet der Mordanschlag gegen unseren Genossen Eckstein war, das zeigen die von uns an anderer Stelle geschilderten Einzelheiten. Die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung" vom 25. Juni d. J. hat schon die planmäßige Mordhetze der Nazis gegen den Genossen Eckstein in einem besonderen Artikel festgenagelt. Damals haben die Nazis ein Plakat „An die Arbeiter Breslaus" angeschlagen, in dem in auffällig hervorgehobener Fettschrift gegen den „Juden Eckstein" eine planmäßige Mordhetze betrieben wurde. Seitdem hat das Breslauer Nazi-Organ bei den verschiedensten Anlässen immer wieder gegen den „Juden Eckstein" gehetzt und zu sehr durchsichtigen Zwecken dabei immer wieder seine genaue Wohnungsadresse in der Zeitung veröffentlicht. Für keinen Menschen, auch nicht für die Polizei und die Papen-Regierung, kann auch nur der geringste Zweifel bestehen, wo die Handgranatenwerfer zu suchen sind. Die Feigheit dieser Mordgesellen wird noch dadurch illustriert, daß sie offensichtlich die Wohnung des Genossen Eckstein stundenlang vorher auf das Genaueste beobachteten und warteten, bis er von einer Versammlung zurückkehrte und sich zur Ruhe begab. Wenige Minuten, nachdem Genosse Eckstein in seinem Schlafzimmer das Licht ausgemacht hatte, erfolgte der Handgranatenwurf. Das sind die „Erneuerer Deutschlands", das sind die „tapferen deutschen Helden", die ihre politischen Gegner nachts im Schlaf durch den hinterhältigsten Meuchelmord „erledigen".

Nicht minder feig und hinterhältig sind alle die Bomben-, Handgranaten- und Revolveranschläge der Nazis in Königsberg, Schleswig-Holstein, Bayern und jetzt der große Bombenanschlag in Braunschweig. Dort wollten die Nazis nicht nur einen oder einige Arbeiterführer, sondern gleich Dutzende und Hunderte von Arbeitern ermorden, indem sie eine Bombe legten, die ganze Häuserfronten aufrissen. Wenn wir heute unseren Genossen Eckstein nicht als gefallenes Opfer zu beklagen haben, wenn es bei dem Handgranatenwurf auf den bayerischen Volksparteiler wie auch bei dem Bombenwerfen in Braunschweig und in Kiel in den letzten 24 Stunden ohne Tote abging, so ist das nur einer Reihe von glücklichen Zufällen zu verdanken. Daß die Nazis morden wollten, das zeigen überall die furchtbaren Sprengwirkungen ihrer Bomben und Handgranaten. Von besonderer Bedeutung für den Anschlag auf den Genossen Eckstein ist, daß es sich hier, nach den aufgefundenen Granatsplittern zu urteilen, um eine Handgranate handelt, wie sie vom Militär benutzt wird. Vor wenigen Tagen ist in Spandau bei Berlin ein Reichswehrangehöriger in Naziuniform bei einem Ueberfall auf Arbeiter verhaftet worden; wir werfen hier die Frage auf, ob die Eierhandgranaten der Nazis nicht unter Umständen auf demselben Weg aus den Reichswehrbeständen entwendet wurden, wie seinerzeit die Waffen und Munition von den Polizeibeständen in Kassel? Jedenfalls fordern wir kategorisch, daß auch nach dieser Richtung hin sofort alle notwendigen Nachforschungen durchgeführt werden.

Wenn in Deutschland trotz aller sich immer mehr verschärfenden Klassengegensätze noch der normale Menschenverstand herrschen und nicht die öffentliche Meinung, der grobe Teil der Presse und entscheidende Teile der Regierungsorgane vom nationalsozialistischen Wahnsinn vergiftet wären, dann müßten nach diesen untrüglichen Beweisen der durch die SA organisierten Morde und Bombenanschläge alle Schichten der Bevölkerung sich einmütig gegen diese Mordpest wenden.

Doch beim größten Teil der bürgerlichen Presse und vor allem bei den maßgebenden Regierungsorganen ist das Gegenteil festzustellen. Die Polizei vermeidet in fast ganz Deutschland systematisch, die Verhaftung von SA-Banditen zu melden; sie schreibt in ihren Polizeiberichten in fast allen diesen Fällen nur von „verhafteten Personen" während bei Verhaftung von antifaschistischen Arbeitern die kommunistische oder sozialdemokratische Parteizugehörigkeit in allen Einzelheiten beschrieben wird. Der preußische Reichskommissar, Herr Bracht, hält es in dem Augenblick, wo in ganz Deutschland Tag für Tag die SA-Bomben krachen, Gewerkschaftshäuser gestürmt, Brandbomben in Warenhäuser, Arbeiterdruckereien und Arbeiterheime geschleudert werden, für notwendig, offen für die Nazimörderpartei einzutreten, indem er durch eine „amtliche" Statistik den Nachweis zu erbringen versucht, daß in der Mehrzahl der politischen Zusammenstöße die Kommunisten die Angreifer wären. Welchen Wert diese amtlichen „Feststellungen" haben, das kann jeder ermessen, der weiß, wie die Polizeiberichte zustandekommen und wie sehr die Polizei, besonders die Polizeioffiziere, als Hersteller der Berichte, schon vom Faschismus durchseucht sind. Diese „Feststellungen" des Reichskommissars ist offene Hilfsarbeit der Regierung für den nationalsozialistischen Mordterror. Auf Grund dieser „Feststellungen" kann heute die ganze nationalsozialistische und Hugenbergpresse frech lügen, daß die Schuld der Kommunisten in Königsberg erwiesen" sei. Die „Schlesische Zeitung", das Hugenbergblatt, bringt es trotz der Tatsache, daß die verhafteten SA-Banditen überführt wurden und eingestanden haben, die Anschläge auf die sozialdemokratische Volkszeitung und auf die Wohnungen der verschiedenen Arbeiterführer durchgeführt zu haben, fertig, in der zweispaltigen Ueberschrift auf der ersten Seite des Blattes zu schreiben: „Die Schuld der Kommunisten einwandfrei festgestellt".

Also nicht der Mörder, sondern der Gemordete ist schuld.

Der ganzen faschistischen Presse geht offensichtlich der bisherige Mordterror noch längst nicht weit genug; sie hetzt in geradezu blutrünstiger Weise zu immer neuen und immer bestialischeren Mordtaten auf. Der „Völkische Beobachter" vom 6. August bringt die rot unterstrichene Knallzeilenüberschrift „8185 Tote und verletzte Nationalsozialisten vom 1. Januar 1932 bis heute". Selbst wenn alle bisherigen Meldungen in der Nazipresse über verletzte oder getötete Naziangehörige stimmen würden, dann würde nur ein kleiner Bruchteil der im „Völkischen Beobachter" angegebenen Zahl der Wahrheit entsprechen. Die Zahlenangabe ist daher ein bewußtes Lügenprodukt, erfunden nur zu dem Zweck, die SA-Banditen noch mehr zum Arbeitermord aufzuhetzen. Wenn Regierungsorgane und bürgerliche Zeitungen davon schreiben, daß die Bombenanschläge in Ostpreußen und anderen Gebieten „offensichtlich von jungen Leuten, die der SA-Führung aus der Hand geraten sind" ,verübt worden wären, so ist das eine Vertuschung zugunsten der Naziführung. In Wirklichkeit zeigen die gleichartigen Vorfälle im ganzen Reich, die Bomben- und Handgranatenanschläge nach einem Muster, daß es sich hier um die bewußte und planmäßig durchgeführte Aktion zu mindesten von Teilen der obersten Leitung der NSDAP und der SA handelt. Das zeigt auch der „Völkische Beobachter" selbst. Er hat schon vor 2 Tagen die Niederknallung des sozialdemokratischen Bürgermeisters in Norgau bei Königsberg unter der Ueberschrift „Denkzettel für einen roten Verleumder" offen verteidigt. Alles Bisherige wird aber übertroffen durch den „V. B." vom 6. August, wo geschrieben wird:

„Die verzweifelten Ausbrüche des Volkszornes sollten den verantwortlichen Trägern der Staatsgewalt klar zum Bewußtsein bringen, daß man mit paritätischer Behandlung in Ausnahmezeiten nicht mehr durchkomme. Es müsse einmal festgestellt werden, daß es ein Unterschied sei, ob sich Waffen in nationalsozialistischen Händen befänden oder in den Händen marxistischer Verbrecher. Es komme auf die Gesinnung und nicht auf den Tatbestand an."

Das Hitlerorgan ist also heute dreist genug, offen zu verlangen, daß die SA-Mordbestien nicht nur nicht verhaftet und bestraft, sondern als „Träger der Staatsgewalt" anerkannt werden. Ausdrücklich verteidigt der „V. B." den Nazimord nicht nur als „Abwehrmaßnahme", sondern als berechtigte Angriffshandlung. Er schreibt: „Wir verbitten es uns, daß ein SA-Mann, der sich seiner Haut wehrt oder abschreckende Vergeltung übt, auf die gleiche Stufe gestellt wird" mit den Kommunisten.

Dies alles zeigt klar, daß nur und ausschließlich die Nazipest schuld an den jetzigen Zuständen ist. Trotz aller schärfster Gegensätze zwischen Kommunisten und den übrigen Parteien ist es bis vor wenigen Jahren niemals zu politischen Mordtaten gekommen. Erst seit die Nazis öffentlich eine Rolle spielen, ist, genau wie in Italien, der politische Mord zur traurigen Tagesordnung geworden. Es waren und sind die offiziellen Naziführer, die Hitler, Frick, Strasser, Preißler, Roeser und Konsorten, die eine unausgesetzte Mordhetze treiben, die „von der Nacht der langen Messer", von der Abschlachtung zehntausender führender Arbeiterfunktionäre, von Aufhängen und so fort schreiben und reden. Sie sind die intellektuellen Urheber aller Mordtaten, sie sind auch die allein Schuldigen, wenn durch die Abwehr der Arbeiter dabei auch Angehörige der NSDAP verletzt und getötet werden.

Noch niemals hat irgendwie eine Arbeiterpartei in Deutschland zum politischen Mord aufgefordert, der revolutionäre Klassenkämpfer lehnt den persönlichen Terror ab, aber selbstverständlich läßt er sich nicht widerstandlos hinschlachten. Wir sind auch heute nicht der Auffassung, daß der Nazimordterror durch individuellen Terror von Seiten der Arbeiterschaft beseitigt werden kann. Das ist nur möglich durch die geschlossene Klassenabwehr des gesamten Proletariats.

Planmäßige SA-Mordaktion erwiesen

Eine Erklärung des Königsberger Polizeipräsidenten

Königsberg, 5. August.

Der Königsberger Polizeipräsident hat heute über die Königsberger Vorfälle nachstehende Mitteilung an den Spezialberichterstatter des „Matin" übersandt:

Auf Ihr Schreiben vom 4. August 1932 erlaube ich mir, folgende Beantwortung Ihrer Fragen ergebenst zu übersenden:

Die Inbrandsetzung der Tankstellen und die übrigen Brandstiftungsversuche sind aufgeklärt worden. Die Akten sind heute der Staatsanwaltschaft übersandt. Die Täter, soweit sie gestanden haben, erklärten, Mitglieder der SA zu sein. Diese Taten scheinen einheitlich nach einem bestimmten Plan durchgeführt worden zu sein. Ueber die anderen Straftaten können zur Zeit keine näheren Angaben gemacht werden, um nicht die Durchführung des polizeilichen Ermittlungsverfahrens zu gefährden.

Anschlag auf Ortsvorsitzenden der Bayrischen Volkspartei

München, 5. August.

CNB. Wie die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz berichtet, wurde in der Nacht zum Donnerstag in das Schlafzimmer des Ortsvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei in Ebenhausen-Hohenschäftlarn eine selbstgefertigte Handgranate geworfen, die unter stärkster Detonation und unter entsprechenden Verwüstungen im Zimmer explodierte. Der Parteivorsitzende Ibler blieb glücklicherweise unverletzt.

Der Anschlag hat folgende Vorgeschichte: Am 28. Juli fand in Hohenschäftlarn eine Versammlung der Bayerischen Volkspartei statt. Die Nationalsozialisten hatten aus der ganzen Umgebung Anhänger zusammengezogen, um die Versammlung zu sprengen. Dank dem energischen Eingreifen der Gendarmerie und der entschiedenen Haltung des Versammlungsleiters Ibler konnten jedoch die nationalsozialistischen Absichten vereitelt werden.

Dieser Mordanschlag hat große Aehnlichkeit mit dem Anschlag auf Genossen Eckstein in Breslau. Also in Bayern genau dieselbe Methode des feigen Mordgesindels wie in Breslau und anderen Teilen des Reiches. Wer könnte hier noch so naiv sein und an der zentralen Organisierung politischer Morde zweifeln. Keinen Zweifel kann es auch daran geben, daß die SA Organisator und Urheber aller derartigen Anschläge ist. Das geht neben hunderten von Beweisen der letzten Monate jetzt auch aus den Tatsachen in Ostpreußen, aus den Feststellungen des gewiß nicht kommunistenfreundlichen oder „linken" Polizeipräsidenten von Königsberg hervor.

Nicht weniger einwandsfrei wird die SA-Urheberschaft auch an dem Anschlag auf den Ortsvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei erwiesen durch die dem Anschlag vorhergehenden Vorgänge. Dieser Anschlag zeigt also auch, daß diese Mordbanditen nicht nur gegen Arbeiterführer, sondern jetzt gegen die Bayerische Volkspartei, d. h. das Zentrum, vorgehen. Die „Ordnung" der Papenregierung!

Steinwürfe in Schwerin

Schwerin, 6. August.

WTB. Wie schon vor einiger Zeit, wurden heute früh wieder sämtliche Schaufenster des Geschäftshauses der sozialdemokratischen Zeitung „Das freie Wort" zertrümmert, ebenso die Türen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

SPD „erwägt" Organisierung eines Selbstschutzes

WTB. Berlin, 5. August.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß nahm am Freitag einen Bericht des Parteivorsitzenden Wels über die politische Situation nach den Wahlen entgegen. In der anschließenden Debatte wurde nach der parteiamtlichen Mitteilung schärfste Kritik an dem Verhalten der Staatsorgane gegenüber nationalsozialistischem Terror geübt. Zum Schluß heißt es in dem Bericht: „Aus dieser Erwägung wurden vom Parteiausschuß die Möglichkeiten eines beim Versagen der Staatsgewalt einsetzenden organisierten Selbstschutzes erörtert".

Angesichts der täglichen Bombenanschläge und des organisierten faschistischen Massenmords an Arbeiterführern noch die „Möglichkeit" eines proletarischen Selbstschutzes „erwägen", das ist echte SPD-Politik. SPD-Arbeiter, macht Schluß mit dieser Politik der Feigheit. **Bildet sofort zusammen mit allen übrigen Proletariern Selbstschutzformationen der ganzen Arbeiterklasse.**

Selbstanklage der Blut-Diktatur

72 Tote, 492 Schwerverletzte seit Juni offiziell zugegeben

Berlin, 5. August.

Die Diktatur veröffentlicht durch ihren Preußenkommissar eine Statistik der politischen Ueberfälle und Ausschreitungen für die Zeit ihres Bestandes. Diese Statistik ist eine niederschmetternde Anklage gegen die Machthaber. In dieser Zeit werden offiziell 72 Todesopfer, 497 Schwerverletzte festgestellt!

*

Die Statistik der Oberpräsidentenberichte will in 205 Fällen kommunistische Angreifer festgestellt haben, in 75 Fällen Nazi, in 21 Fällen Reichsbannerleute, in 23 Fällen sei die Schuldfrage durch polizeiliche Ermittlungen nicht geklärt worden.

Jeder kennt die heutigen Methoden der Polizeiermittlungen. Nicht der Mörder — der Ermordete ist schuld. Die Klassenpolizei ist in der Zeitspanne, auf die sich die Ermittlungen erstrecken, wie wir selbst immer wieder berichteten, zum allergrößten Teil geschlossen gegen die Antifaschisten eingesetzt worden, teilweise hat sie sich unter dem Kommando der reaktionären und faschistischen Offiziere mit den Nazis direkt verbindet. Deshalb ist die Statistik nur ein Mittel zur Verwirrung der Blutschuldfrage. Daß sie jetzt veröffentlicht wird, bedeutet nur, daß die Regierung propagandistisch die geplante Standrechtsverkündung gegen links, vor allem gegen die Kommunisten vorbereitet. Sie folgt damit dem Stichwort der faschistischen Mordorganisationen, die die Ausrottung der Kommunisten und der anderen Antifaschisten erreichen wollen. Daß überhaupt in 75 Fällen Nazis als Angreifer zugegeben werden, liegt in der Linie der Politik der Diktatur, die Hitler behilflich sein will, den SA-Aufruhr niederzuschlagen, weil sie ihm legal an die Macht helfen will.

Die Ursache der Ausschreitungen in Schleswig-Holstein behandelt ein anderer Bericht des dortigen Regierungspräsidenten nach der Formel: Verhetzung der KPD-Führer und -Presse — auf der anderen Seite das Entgleisen jüngerer SA- und SS-Leute aus der „Hand ihrer Führer"!

Zweierlei Maß — ganz wie es für eine Klassendiktatur zu erwarten war!

Papenregierung deckt SA-Polizei

Berlin, 5. August.

Beim Reichsminister des Innern fand heute eine Besprechung mit den Ministerpräsidenten von Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin und dem Innenminister von Braunschweig über die in der Presse erörterte Aufstellung von Hilfspolizei statt. Die Besprechung ergab, daß es sich in den Ländern im wesentlichen um Ueberlegungen handelt, wie die Ruhe und Sicherheit im Bedarfsfalle aufrecht erhalten werden könne. Soweit schon Schritte zur Verstärkung der Polizei getan sind, handelt es sich um vorübergehende Maßnahmen, die in Kürze wieder aufgehoben werden.

Diese halbamtliche Meldung zeigt, daß zwar die Papenregierung noch nicht wagt, den skandalösen Einsatz der SA-Banditen als Hilfspolizei in Oldenburg in Braunschweig offen als richtig zu vertreten, daß sie aber nicht daran denkt, etwas dagegen zu unternehmen. Vielmehr deckt die Papenregierung diesen amtlichen Naziterror in dem sie vorgibt, es handele sich dabei um Herstellung von Ruhe und Sicherheit und um eine „vorübergehende Maßnahme." Demgegenüber muß die gesamte arbeitende Bevölkerung verlangen: Sofortiger Schluß mit der SA-Polizei!

Kommunistenverhaftungen in München

WTB. München, 5. August.

Wegen der Ereignisse in der vorletzten Nacht sind gestern abend in zwei Stadtvierteln starke Polizeistreifen eingesetzt worden. Im Westen wurden acht „verdächtige Kommunisten", die beim Erscheinen der Polizei geflohen waren, in einem Hause versteckt aufgefunden und festgenommen. Im Stadtteil Giesing wurden zehn Kommunisten verhaftet, die im Besitz von Waffen waren.

. . . und Verurteilung

WTB. Memmingen, 5. August.

Vom Schnellrichter wurde heute der Kommunist Beil wegen Beamtennötigung und gefährlicher Körperverletzung aus politischen Beweggründen zu sieben Monaten Gefängnis bei sofortigem Haftantritt verurteilt. Der Kommunist Lais erhielt wegen Beihilfe zur Beamtennötigung zwei Monate Gefängnis. Der Verurteilung lagen die politischen Ausschreitungen vom 2. August zugrunde, bei denen die beiden Kommunisten die Polizei aufforderten, den Platz zu räumen, da sie andernfalls Verstärkung holen würden.

*

Es handelt sich um Vorfälle anläßlich der viehischen Abschlachtung eines Kommunisten, den die Nazi auf die Straße gelockt und ermordet hatten.

Wieder zwei Todesurteile in Ungarn

Budapest, 5. August

WTB. Das Amtsgericht in Kecskemet verurteilte heute zwei Arbeiter wegen Totschlages zum Tode durch den Strang. Nach der Urteilsverkündung konstituierte sich das Gericht als Gnadensenat, dessen Beschluß noch nicht bekanntgegeben worden ist.

Die beiden Arbeiter waren vom Besitzer eines Obstgartens und von einem anderen Mann beim Stehlen von Aprikosen ertappt worden. Die Diebe gaben mehrere Revolverschüsse ab, durch die der Besitzer des Gartens getötet und sein Begleiter schwer verwundet wurden.

*

Der Vorfall wird sich vermutlich so abgespielt haben, daß die Arbeiter sich gegen den Grundbesitzer, dem sie Pfirsiche (!) wegnahmen, in Notwehr handelten! Dafür sollen sie jetzt gehenkt werden.

Der Krieg in Bolivien

WTB Buenos Aires, 6. August.

Bolivianische Streitkräfte haben gestern das Fort President Ayala angegriffen, sind jedoch zurückgewiesen worden.

Buenos Aires, 5. August.

Wie aus La Paz gemeldet wird, hat Bolivien, obwohl es sich auf die Vorstellungen der neutralen Mächte bereit erklärt hat, die Feindseligkeiten vorläufig einzustellen, **nicht die Absicht, die von seinen Truppen in Besitz genommenen Stellungen aufzugeben.** Die bolivianischen Blätter kritisieren die Note der neutralen Mächte und erklären, ihre Annahme würde bedeuten, daß Bolivien seine Souveränitätsrechte preisgebe.

Paris, 5. August.

Der amtierende Präsident des Völkerbundsrates, Matos, hat in Vichy, wo er zur Kur weilt, die Antwort der bolivianischen Regierung auf seine Note vom Dienstag erhalten. Die bolivianische Regierung will die Mitteilung des Völkerbundes prüfen und erklärt sich mit den, den neutralen Ländern bekannten Vorbehalten geneigt, den Streitfall einer friedlichen Regelung zu unterbreiten.

Die französische Regierung hat ihre diplomatischen Vertreter in Bolivien und Paraguay angewiesen, das Ersuchen des amtierenden Ratspräsidenten Matos an beide Mächte, keine Gewalt anzuwenden, sondern ihren Zwist durch ein Schiedsgerichtsverfahren regeln zu lassen, zu unterstützen.

Ein polnisch-russischer Zwischenfall

Warschau, 5. August.

WTB. Der Sowjet-Geschäftsträger der Sowjetunion in Warschau hat an das polnische Außenministerium eine Beschwerde gerichtet, in der er Klage führt über einen Uebergriff, den sich die polnische Polizei in Kattowitz gegen mehrere Mitglieder der Berliner russischen Handelsdelegation erlaubt hat. Diese waren nach Kattowitz gekommen, um dort mit der Serrum-A.-G. über einen größeren Russenauftrag zu verhandeln; sie wurden nicht nur von den polnischen Zollbehörden in schikanöser Weise revidiert, sondern auch vor die Kattowitzer Polizei zitiert und in inquisitorischer Weise über den Zweck und die näheren Umstände ihres Kattowitzer Aufenthaltes befragt. Die Delegierten sahen sich durch die ihnen zuteil gewordene Behandlung veranlaßt, unverrichteter Dinge wieder von Kattowitz nach Berlin abzureisen, wobei sie von polnischen Polizisten im Eisenbahnzuge bis an die deutsche Grenze begleitet wurden.

Das polnische Außenministerium sucht in einer Verlautbarung den Vorfall zu bagatellieren und spricht von einem Mißverständnis, das noch in diesen Tagen aufgeklärt werden würde.

Neuer Bittgang

CNB. Berlin, 5. August.

Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels und Hans Vogel, haben, dem „Vorwärts" zufolge, gestern Dr. Bracht aufgesucht und schärfste Beschwerden über den nationalsozialistischen Terror in Ostpreußen, Schleswig-Holstein und anderen preußischen Landesteilen erhoben. Sie betonten das Recht der Notwehr im Sinne des Gesetzes und die Notwendigkeit für die republikanische Bevölkerung, zu Mitteln des Selbstschutzes zu greifen, wenn der Schutz des Staates versage.

Der stellvertretende Reichskommissar, so schreibt das Blatt, bekannte, daß er die Gefahr sehe, und erklärte, er sei bemüht, ihrer Herr zu werden.

Statt der ständigen Bittgänge zu den von Gayl und Bracht sollten die SPD-Führer lieber dafür sorgen, daß schleunigst eine gemeinsame Aktion mit der KPD zusammenkommt, wie in Altensteinl

Rücktritt des Königsberger Oberpräsidenten

CNB. Königsberg, 5. August.

Wie die Morgenblätter melden, soll der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Dr. Siehr, im Zusammenhang mit den jüngsten Veränderungen in der preußischen Verwaltung sein Abschiedsgesuch eingereicht und um seine Pensionierung gebeten haben. Eine amtliche Bestätigung liegt bisher nicht vor. Oberpräsident Dr. Siehr steht seit 1920 an der Spitze der Provinz. Er wurde nach dem Kapp-Putsch der Nachfolger des damaligen Oberpräsidenten Winnig. Politisch gehörte Dr. Siehr der Staatspartei an.

Einfluß prüfen — nicht Stimmen zählen

Von Klaus Zweiling.

Der marxistisch geschulte Proletarier weiß, daß man das Ergebnis einer Wahl nicht durch den bloßen Vergleich der Stimmenzahlen beurteilen kann; daß man vielmehr die gesellschaftlichen Kräfte prüfen muß, die sich in diesen Zahlen verkörpern. Da können bei gewissenhafter Prüfung leicht große Ziffern sich als Repräsentanten recht kleiner Kräfte enthüllen und umgekehrt.

Als wir nach der ersten Reichspräsidentenwahl dieses Jahres darauf hinwiesen, daß die Stimmenzahl für Thälmann, den einzigen proletarischen Kandidaten, eine furchtbare Schwäche des Proletariats enthülle — sie reichte nicht einmal entfernt an die Zahl der erwerbslosen früheren Berufstätigen —, da erwiderte die KPD: Ja, aber die 5 Millionen Thälmannwähler sind die überzeugten, kampfbereiten Revolutionäre. Der zweite Präsidentenwahlgang enthüllte greifbar den furchtbaren parlamentarischen Kretinismus dieser Anschauung. Bei mehr als einer halben Million dieser „überzeugten kampfbereiten Revolutionäre" reichte die revolutionäre Kampfbereitschaft nicht einmal soweit, einen zweiten Wahlzettel mit dem Namen Thälmann abzugeben; Hunderttausende von ihnen liefen in diesen vier Wochen sogar zum Faschismus über und wählten Hitler.

5 Millionen überzeugte, kampfbereite, unter zielklarer Führung stehende Revolutionäre wären viel mehr als genug, um die proletarische Revolution in Deutschland zum Sieg zu führen. Aber 5 Millionen KPD-Stimmen lassen noch gar keinen Schluß auf die revolutionäre Kraft zu, die die KPD zu entfalten in der Lage ist. Da bedarf es anderer Kriterien, die den von der Stunde diktierten Aufgaben des Proletariats entsprechen müssen.

Ein solches Kriterium bot in der jüngsten Phase der Entwicklung der 20. Juli. Die Massen der Eisernen Front waren durch die brutale Beseitigung ihrer preußischen „Machtpositionen", für deren Erhaltung sie mit zusammengebissenen Zähnen soviele schwerste politische Opfer gebracht, sovielen unerhörten sozialen Opfern sich gebeugt hatten, tief aufgewühlt. Sie warteten fiebernd auf die Aufforderung ihrer Organisationen zum Losschlagen. Als nichts erfolgte, als neben einer schlechten Komödie Severings nur die Mahnung zur Ruhe erging, ergriff breite Massen der Eisernen Front eine tiefe Enttäuschung und Verbitterung, die am 31. Juli zu den Verlusten der SPD und dem Stimmengewinn der KPD wesentlich beitrug. Aber hier galt es nicht nur, ein parlamentarisches Agitations- und Abstimmungsmanöver zu liefern — hier galt es, eine Probe der Aktionskraft abzulegen. Die KPD tat, was ADGB und SPD in klassenverräterischer Weise unterließen: sie rief — wenn auch in seltsam dunklen Worten — zur Protestaktion, zum Proteststreik. Aber wo in ganz Preußen ist der kleinste Betrieb, der dieser Parole folgte. So restlos hat die KPD ihr Ansehen und damit ihren Aktionsradius unter den Proletariern der Eisernen Front, den politisch nicht gebundenen Proletariern in Gewerkschafts- und Sportorganisationen verwirtschaftet, daß nicht einer dieser Proletarier folgte, als die KPD die Losung ausgab, auf die diese Proletarier aus dem Munde ihrer Organisationsleitungen fiebernd und vergeblich gewartet hatten. So niederschmetternd aktionsunfähig ist die KPD selbst innerhalb ihrer unmittelbaren Anhängerschaft, daß kein einziger der zahlreichen Berliner Betriebe, in denen die RGO das Feld beherrscht, zur Aktion zu bringen war, — keiner!

5,5 Millionen KPD-Stimmen — eine prunkende Zahl, wenn auch jammervoll gering angesichts von mindestens 6 Millionen Dauererwerbslosen. Aber wieviel Aktionskraft steht hinter dieser Wählerziffer? So wenig, daß sie nichts ist gemessen an den Aufgaben, die der Tag dem deutschen Proletariat stellt.

72 569 Stimmen für die Sozialistische Arbeiterpartei — ein Nichts neben den 5,5 Millionen Stimmen für die KPD, den 7,9 Millionen für die SPD, den 13,7 für die Nationalsozialisten! Aber das Einflußgebiet der Sozialistischen Arbeiterpartei, ihr Aktionsradius ist ungeheuer viel größer, greift weit über die 72 569 Proletarier hinaus, die ihr am 31. Juli die Stimme gaben. Gewiß, von einigen Gebieten besonderer Stärke unserer Partei abgesehen, reicht ihr Einfluß als kleine junge Partei heute nicht hin, um selbständig diejenigen Aktionen auszulösen, die den großen Aufbruch der proletarischen Massen zum revolutionären Kampf beginnen würden. Diese Kraft hat sich unsere Partei auch bis heute noch nie eingebildet. Sie sah die Aufgabe, die ihr von der Geschichte in der gegenwärtigen Periode der Entwicklung gestellt ist, stets auf einem speziellen Gebiet: durch ihre politische Tätigkeit, durch ihre unermüdliche Aktion die großen Heerhaufen des Proletariats, die für den revolutionären Kampf entscheidend sind — Eiserne Front und Kommunistische Front — zu gemeinsamen Aktionen zu zwingen. Diese gemeinsame Aktion — sie wäre der Beginn des großen Aufbruchs. Die SAP sah ihre Aufgabe nie darin, durch ihre eigene Kraft die fehlende Aktionskraft der KPD- und SPD-Organisationen zu ersetzen, sondern darin, die Aktionskraft der KPD- und SPD-Organisationen auszulösen, sie in Bewegung zu setzen.

Und für die Beurteilung unserer Kraft, diese unsere geschichtliche Aufgabe von heute zu meistern, bedeutet der Vergleich unserer 72 569 Stimmen mit den 7,9 Millionen SPD-Stimmen, den 5,5 Millionen KPD-Stimmen gar nichts. An hunderten von deutschen Orten, großen und kleinen, haben die Ortsgruppen der Sozialistischen Arbeiterpartei gegen die Sabotage der Apparate von SPD, ADGB und KPD gemeinsame Aktionen durchgesetzt, gestützt auf den Aktionswillen der proletarischen Massen in SPD, ADGB und KPD; haben sie diesen Aktionswillen, der durch die Apparate jener Organisationen lahmgelegt, zur Unfruchtbarkeit verurteilt war, zum erstenmal fruchtbar gemacht. Der Aktionsradius unserer Partei griff weit über die Grenzen der eigenen Anhängerschaft hinaus, umfaßte an diesen Stellen die Anhänger all jener Organisationen, die sich an den gemeinsamen Aktionen beteiligten, ja, der Einfluß unserer Partei erfaßte auch die Massen der Organisationen, deren Bürokratie noch stark genug war, die gemeinsame Aktion zu sabotieren.

Wie oft hat sich in ähnlicher Form der Vorgang abgespielt, der seine wohl schärfste Ausprägung in Zwickau fand. Dort sabotierte die KPD den gemeinsamen Aufmarsch mit der SAP, machte einen eigenen „überparteilichen" antifaschistischen Aufmarsch, an dem sich — in dem Kohlengebiet mit zirka 130 000 Proletariern — 180 Mann beteiligten. An den Straßenrändern standen die eigenen Anhänger der KPD und drückten ihre Empörung über die Sabotage des gemeinsamen Aufmarsches aus; eine Empörung, die sie besiegelten durch die Weigerung, an dem isolierten Aufmarsch ihrer eigenen Partei teilzunehmen. Sie haben alle Liste 3 gewählt, aber sie standen alle unter dem Einfluß unseres politischen Wirkens.

In tausend Versammlungen haben unsere Genossen dasselbe erlebt: daß nach der Versammlung Proletarier kamen, die ihnen sagten, ihr habt recht, eure Politik ist richtig; wir wissen es, wenn wir auch Liste 3 wählen, weil die KPD doch soviel stärker ist als ihr. Sie haben Liste 3 gewählt — aber unser politisches Wirken hat sie erfaßt, unser parteipolitischer Aktionsradius umfaßt auch diese Proletarier.

Gewiß — unser Wirken trägt noch längst nicht die Früchte, die reifen müssen, wenn die Arbeiterklasse nicht einem grausigen Schicksal für lange Zeit ausgeliefert sein soll. In erster Linie ist das das traurige Ergebnis des Wirkens der Bürokraten von SPD, ADGB und KPD. Aber auch unsere Organisationen müssen immer wieder ihr politisches Handeln kritisch überprüfen. Nicht indem sie die SAP-Stimmen am Ort zählen und mit den KPD- und SPD-Stimmen vergleichen, sondern indem sie gründlich prüfen, wie groß ihr politischer Aktionsradius, ihr Einfluß in den Massen der Eisernen und der KPD-Front ist; indem sie gewissenhaft und kritisch prüfen, ob auch das Letzte getan ist, durch die Aktion diesen Einflußbereich so weit zu ziehen, wie es möglich ist.

Und es darf nicht genug sein mit dem Prüfen. Es gilt, jede politische Situation, die täglich sich ergebenden Vorfälle — Regierungsdekrete, Faschistenterror, Lohnreduzierungen, Exmittierungen, Gemeindebeschlüsse — mit äußerster Energie auszunützen, um unseren Aktionsradius, unser Einflußgebiet schnell und gründlich zu erweitern. Je größer die Fehler der Organisationsleitungen von SPD, ADGB und KPD, je offensichtlicher ihr Versagen, um so gewaltiger muß die Energie sein, mit der unsere Genossen in den proletarischen Organisationen vorstoßen; um so reicher werden auch die Früchte dieses Vorstoßes sein.

Sehr viel größer als unsere Stimmenzahl vom 31. Juli ist das politische Einflußgebiet der SAP heute schon. Wir können, wir müssen es noch viel viel weiter spannen. Es gilt, die ganze Kraft der Organisation der Sozialistischen Arbeiterpartei jetzt mit vielfach gesteigerter Energie für dieses Ziel einzusetzen. Dann wird die „kleine schwache Partei" die größte Kraft auslösen können, die die Geschichte kennt, die proletarische Revolution!

Einheitsfront und Gewerkschaftsarbeit

Von Marta Grollmuß.

Die Bedingungen für eine revolutionäre Gewerkschaftsarbeit sind nicht so verzweifelt, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Zwar engt die Krise die Möglichkeiten des nurgewerkschaftlichen Kampfes gewaltig ein; zwar hat die Kapitulation der ADGB-Führung vor Staatsstreich und Militärdiktatur das Prestige der Gewerkschaften geschwächt und das Vertrauen der Massen zu den Gewerkschaften als Kampforganisationen noch weiter erschüttert. Aber im dialektischen Prozesse des Geschehens treten auch andere, dem gewerkschaftlichen Kampfe günstige Momente auf. Während die Krise die Kampfmöglichkeiten der Betriebsarbeiter einschränkt, steigert sie die Kampfkraft der Erwerbslosen. Während die Zuspitzung der Lage die Gewerkschaftsführung zu immer offenerem Paktieren mit der Bourgeoisie treibt, zwingt sie alle diejenigen Gewerkschaftsmitglieder und Instanzen, die die Arbeiterinteressen nicht preisgeben wollen, zum verschärften Kampfe. Und so wird das Abflauen der betrieblichen Kämpfe begleitet von einer ansteigenden Erwerbslosenbewegung, die kampflose Kapitulation der Gewerkschaftsspitzen von einer gesteigerten Aktivität der Funktionäre und der unteren Gewerkschaftsinstanzen.

Diese gewerkschaftliche Aktivität ist um so stärker, je mehr der hemmende Einfluß der zentralen Instanzen, je mehr der vorwärtstreibende Druck der Massen sich entfalten kann. Darum geht die Steigerung des gewerkschaftlichen Kampfes nicht von Berlin und den großen Industriezentren aus. In Klein- und Mittelstädten, in ländlichen Industriegemeinden haben in den letzten Monaten sich freigewerkschaftliche Erwerbslosen- und Fürsorgeausschüsse gebildet. Diese Bewegung veranlaßte den Bundesvorstand des ADGB zur Herausgabe der Richtlinien für die freigewerkschaftliche Arbeit unter den Erwerbslosen.

Ein Beispiel für den Grad der Aktivierung der örtlichen Gewerkschaftsinstanzen ist

der vom Ortsausschuß des ADGB geführte Pflichtarbeiterstreik in der sächsischen Mittelstadt Bautzen.

Ein sozialdemokratisch besetzter Ortsausschuß leitete eine Erwerbslosenbewegung ein. Er steckte das Ziel: Abschaffung der Pflichtarbeit, eine Forderung, die zu der sozialpolitischen Passivität der Gewerkschaftsführung in offenem Widerspruch steht. Aber der Verlauf des Bautzener Pflichtarbeiterstreiks ist auch ein Beispiel für die Grenzen, die der Initiative und dem Kampfwillen der Instanzen gesteckt sind, wenn sie sich nicht auf eine Massenbewegung stützen können oder wollen. Die Bewegung, die mit dem Ziel der Abschaffung der Pflichtarbeit begann, endete mit einem sehr geringfügigen Resultat: Keine Maßregelung, d. h. keine Einbehaltung der Unterstützung für die Streiktage, keine Pflichtarbeit für schonungsbedürftige Unterstützungsempfänger, für über 45 Jahre alte, Schwächliche und Familienmütter. Erst später wurde in Verhandlungen noch die Erhaltung der gefährdeten Anwartschaften erreicht.

Dieses unbefriedigende Ergebnis ist eine Folge der ungenügenden Massenmobilisierung. Und die ungenügende Massenmobilisierung ist eine Folge der Zersplitterung der Bautzener Erwerbslosenbewegung und der Unfähigkeit der Streikführung, diese Zersplitterung zu überwinden. Die Massenmobilisierung scheiterte an der Rivalität zwischen dem Ortsausschuß und den „wilden" Erwerbslosenausschüssen. Der enge Instanzenstandpunkt, den der Ortsausschuß mit Rücksicht auf die Gewerkschaftsspitzen vertrat, hinderte die Sammlung aller kämpfenden Arbeiter um die Gewerkschaften, die praktische Ueberwindung der antigewerkschaftlichen Strömungen und die Sicherung der Kampffront. Er engte auch die Bewegung ein und zwang darum den Ortsausschuß, den Streik beim Auftauchen der ersten Schwierigkeiten, den Gegenmaßnahmen der Stadt, den nationalsozialistischen Zersetzungsmanövern, zu liquidieren.

Die örtliche Gewerkschaftsführung war nicht stark genug, die Einheitsfront herzustellen, die notwendige Bedingung auch des gewerkschaftlichen Erfolges war. Sie war gelähmt durch ihre Bindung an die reformistischen Gewerkschaftsspitzen.

Eine zielbewußte revolutionäre Gewerkschaftsopposition hätte einspringen können, wo der noch reformistisch gebundene Ortsausschuß versagen mußte. Sie hätte für einen kampfwilligen Ortsausschuß Stütze und Rückendeckung, für einen widerwilligen Drohung und Gefahr bedeutet. Sie wäre in beiden Fällen Gegengewicht von unten gegen das Gewicht der oberen Instanzen gewesen. Weiterer Beweis für die aktive Arbeit der unteren Funktionäre und Instanzen ist der Kampf gegen den Mitgliederrückgang. Auch hier ein Beispiel aus Bautzen. Die Verwaltungsstelle Bautzen des DMV hatte seit 1. Januar 1932 276 Austritte auf 2500 Mitglieder. Es wurden davon 168 durch intensive Werbearbeit wieder zurückgeholt.

Diese gewerkschaftliche Aktivität ist Ansatzpunkt unserer revolutionären Gewerkschaftsarbeit. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß den klassenkämpferischen Willen, der da zum Ausdruck kommt, stützen, klären und steigern. Voraussetzung dafür ist, daß sie sich selbst an dieser Arbeit beteiligt. Solange in den Gewerkschaften nur die Sozialdemokraten arbeiten, die Revolutionäre aber lediglich kritisieren und diskutieren, ist eine Revolutionierung der Gewerkschaften unmöglich. Die Werbearbeit, die Uebernahme der gewerkschaftlichen Funktionen, die Mitarbeit in der Erfassung der Erwerbslosen, das sind Aufgaben der revolutionären Opposition. Die revolutionären Gewerkschaftler sind für die freigewerkschaftlichen Erwerbslosenausschüsse und Fürsorgeausschüsse. Sie arbeiten mit. Sie wollen die guten revolutionären Arbeiter in der wilden Erwerbslosenbewegung wieder einbeziehen in das Gewerkschaftsleben. Darum ist Richtschnur ihrer Arbeit nicht die Isolierung und Abgrenzung der freigewerkschaftlichen Ausschüsse, sondern die Zusammenarbeit mit den wilden Ausschüssen, soweit sie nicht gewerkschaftsfeindlich sind, und Ziel dieser Zusammenarbeit ist die Sammlung aller in einem freigewerkschaftlichen Ausschuß. Die revolutionären Gewerkschaftler sind für Werbung. Sie arbeiten mit. Aber sie verteidigen bei der Werbung nicht die reformistische Politik der Gewerkschaftsführer, sondern vertreten die Klassenkampflinie der Opposition.

Die revolutionäre Opposition gibt der gewerkschaftlichen Arbeit die Ausweitung in die Massen. Sie zieht die Entfremdeten und Unorganisierten heran an die Organisation. Sie steigert den klassenkämperischen Willen der unteren Funktionäre und Instanzen über die reformistischen Halbheiten hinaus. Sie gibt ihm erst Wirksamkeit nach außen.

Und damit erreicht sie das Vertrauen auch der sozialdemokratischen Gewerkschaftler. Die positive Gewerkschaftsarbeit der revolutionären Opposition öffnet den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären den Weg ins revolutionäre Lager.

So dient die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit der Einheitsfront in einem doppelten Sinn. Sie reißt zweierlei Schranken nieder: die Schranke zwischen Gewerkschaften und den breiten Massen und die Schranke zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern, deren Kern die Gewerkschaftsfunktionäre bilden, und dem Lager des revolutionären Kampfes. Die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit ist das Mittelstück der Einheitsfrontpolitik.

Bergarbeiterstreik in den USA

Kampf gegen Streikbrecher

Zu schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen kam es, wie Times aus New-York meldet, im Bergwerksgebiet von Terre Haute (Indiana). Etwa 60 Streikbrecher, die von bewaffneten Wächtern beschützt wurden, sind von etwa 3000 Männern und Frauen belagert worden. Es kam zu Kämpfen, in deren Verlauf auch Schüsse gewechselt wurden. Die Ausständigen verloren einen Toten; auf beiden Seiten gab es mehrere Verwundete. Der Gouverneur von Indiana, Harry Leslie, hat die Entsendung von Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung angeordnet. Der Streik in Terre Haute ist ein Teil eines allgemeinen Bergarbeiterstreiks, der seit fünf Monaten in Indiana und den angrenzenden Bundesstaaten im Gange ist.

Die Korruption in USA

Die Anklagen gegen Jimmy Walker

WTB. Albany (New Jersey), 6. August.

Der Richter Seabury hat an Gouverneur Franklin Roosevelt eine Erklärung gerichtet, in der er die Verteidigung des Bürgermeisters von Newyork, Jimmy Walker, gegen die Anklagen, daß Walker Bestechungsgelder angenommen habe, zurückweist, und ihn in allen Punkten als schuldig erklärt. Die Anklagen gegen Walker waren im Zusammenhang mit einer Omnibuskonzession erhoben worden. Eine Kommission hatte im vergangenen Jahre ausgedehnte Untersuchungen über die Tätigkeit der Beamten in Newyork City angestellt, von denen viele weit größere Bankkonten besaßen, als ihre Einkünfte rechtfertigten. Besondere Aufmerksamkeit wurde einer Reise Walkers nach Europa und der Frage, wie sie finanziert wurde, geschenkt.

Streik in der New Yorker Bekleidungsindustrie

New York, 6. August.

20 000 Arbeiter der Bekleidungsindustrie, größtenteils Israeliten, sind zum Protest gegen die Lohnkürzung in den Ausstand getreten.

11,2 Millionen Arbeitslose in USA

WTB. New-York, 6. August.

Der Vorsitzende des amerikanischen Arbeiterverbandes, Green, schätzt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten Ende Juni dieses Jahres auf 11 223 000.

Ausweisung eines Sowjethandelsvertreters aus Ägypten

Kairo, 6. August.

Wie hier verlautet, hat die Regierung den Leiter der Sowjethandelsgesellschaft, Worobrieff, aufgefordert, Aegypten spätestens bis zum 25. August zu verlassen, da er nicht die Bedingungen eingehalten habe, unter denen ihm die Aufenthaltserlaubnis erteilt worden sei.

Erhöhung der Spiritus-Beimischungsquote

CNB. Berlin, 5. August.

Wie wir erfahren, wird in den nächsten Tagen die Verordnung über die Erhöhung der Spiritus-Beimischungsquote veröffentlicht werden. Die Verordnung soll zum 1. Oktober d. J. in Kraft treten. Für die Erhöhung der Spiritus-Beimischungsquote, die von 6 auf 10% vorgesehen ist, müssen aber noch verschiedene Vorbedingungen erfüllt werden, die in der Verordnung genauer bezeichnet sind.

Nachdem von der Reichsregierung vor kurzem durch fast völlige Beseitigung der Steuer für inländische Oelproduktion den Chemie- und Kohlentrusts ein riesiges Millionengeschenk gemacht wurde, wird jetzt mit dieser angekündigten Maßnahme den Schnapsjunkern ein Millionengeschenk, das vom allgemeinen Verkehr und damit von der Masse der Bevölkerung aufgebracht werden muß, in den Rachen geworfen. Der ganze Beimischungszwang ist eine in jeder Hinsicht, vor allem auch technisch-wirtschaftlich, erzreaktionäre Maßnahme. Das ist der „Aufbauwille" der herrschenden Junker- und Großkapitalsklique.

Ausführungsvorschriften über freiw. Arbeitsdienst

CNB Berlin, 5. August.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht heute aber die in ihrem Hauptinhalt bereits durch WTB. verbreiteten Ausführungsvorschriften zur Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst. Von Interesse sind noch folgende allgemeine Bestimmungen.

§ 2.

Ueber die allgemeinen Voraussetzungen, unter denen Arbeitsdienstwillige zum freiwilligen Arbeitsdienst zugelassen werden können, trifft der Reichskommissar nähere Anordnungen.

§ 3

Der Inhalt in den freiwilligen Arbeitsdienst verpflichtet die Arbeitswilligen, dessen Gemeinschaftsgeist zu pflegen und die gemeinsamen Zwecke nach Kräften zu fördern.

§ 4

Der Reichskommissar sorgt dafür, daß die Arbeitsdienstwilligen ganze Arbeit leisten; der Arbeitserfolg soll in angemessenem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln stehen. Der Reichskommissar sorgt auch dafür, daß den Arbeitsdienstwilligen Gelegenheit geboten wird, sich geistig zu bilden und sportlich zu betätigen.

§ 5.

Lehnt ein Arbeitsloser es ab, sich an einer Arbeit im freiwilligen Arbeitsdienst zu beteiligen, oder gibt er eine solche Arbeit auf, so ist dies nicht als Tatsache anzusehen, aus der sich ergibt, daß der Arbeitslose die Uebernahme einer neuen Arbeitsstelle vereitelt oder durch sein Verhalten absichtlich den Verlust seiner Stellung herbeigeführt hat (§ 95a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung).

*

Wie alle Bestimmungen und Verlautbarungen der Regierung zum „freiwilligen" Arbeitsdienst, so sind auch diese Ausführungsvorschriften bewußt unklar und unbestimmt gehalten. Damit wird bezweckt, den arbeitslosen Proletariern, die dem Elend der Arbeitslosigkeit entrinnen wollen, die Gefährlichkeit des FAD zu verdecken. Anderseits aber wird durch die unklaren Bestimmungen der Willkürherrschaft der hochbezahlten abgelakelten Offiziere und Feldwebel, die als Direktoren, Kommandanten und Antreiber über die unglücklichen Arbeiter herrschen, im FAD Tür und Tor geöffnet.

Wenn z. B. nach § 4 der Bestimmungen der Reichskommissar und die ihm nachgeordneten Organe des FAD dafür „zu sorgen" haben, daß „die Arbeitswilligen ganze Arbeit leisten" und daß der „Arbeitserfolg in angemessenem Verhältnis zu den aufgewandten Mitteln" steht, so klingt das sehr harmlos. Was das aber in der Praxis für ein Zuchthausregiment in Form eines Zwangs zu Mindestleistungen abgeben wird, das kann jeder ermessen, der die Soldatenschinder vom deutschen Kasernenhof kennt.

Der § 5 ist der Form nach die Aufrechterhaltung der „Freiwilligkeit" des Arbeitsdienstes, denn nach ihm soll ein Arbeiter, der sich weigert, in den FAD einzutreten, nicht von der Vermittlung bzw. Unterstützung (soweit noch welche bezogen wird) ausgeschaltet werden. Doch die Arbeitslosen haben allen Grund, auch dieser Bestimmung sehr mißtrauisch gegenüberzustehen. Einmal weil auch hier eine bewußt bürokratisch-unklare Form gewählt wurde, und zum andern, weil diese Bestimmungen bei den heutigen Regierungsmethoden von einem Tage zum andern geändert werden, wenn sich das „als notwendig" erweist.

Darum Verweigerung und Kampf gegen jede Art Arbeitsdienst!

Der Bluff von der Verwaltungsreform — Landgemeinden dagegen

CNB. Berlin, 4. August.

Der Verband der preußischen Landgemeinden wendet sich in einer längeren Erklärung gegen die von der preußischen Staatsregierung durch Notverordnung verfügte Aufhebung von 58 Landkreisen. Sein Protest wird mit der Erklärung begründet, daß nennenswerte Ersparnisse bei einer solchen Verwaltungsreform in der unteren Instanz nicht entstanden, die Nachteile, die der Bevölkerung dadurch erwuchsen, vielmehr die fiskalischen Ersparnisse bei weitem überstiegen. Die Landgemeinden seien grundsätzlich durchaus keine Gegner einer gesunden organischen Verwaltungsreform; die jetzige Maßnahme einer meist nur schematischen Zusammenlegung nehme keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung und den historischen Werdegang. Statt schematischer Zusammenlegung wäre organische Aufteilung erforderlich gewesen. Der Landgemeindeverband werde jede gesetzliche und rechtliche Möglichkeit ausnutzen, um diese Maßnahme wieder rückgängig zu machen.

Südpark-Konzert der Schles. Philharmonie
HEUTE 20 UHR

Stammhaus der Brauerei C. Kipke
Inh.: Leo Ulmer — Tel. 51562
Friedrich-Wilhelm-Straße 6

Genossen!
Kauft nur im
„Fahrradhaus Sieg"
Neumarkt 19 (Kinoseite)
Sieg ist das leistungsfähigste Haus Breslaus
Genossen und Gewerkschaftler 5% Sonderrabatt

Konzert-Café „Boberplatz"
Frankfurter Straße 175
Jeden Dienstag Donnerstag, Sonnabend und Sonntag
Konzert d. beliebten „Tomy de Leur"-Kapelle
Rudolf Sommer

Restaurant und Café „Lucullus"
Büttnerstraße 34 — Ecke Reuschestraße
Inhaber: Bernhard Freund (früher Geschäftsleiter der „Adler-Gaststätte" Königstraße, Ecke Dorotheengasse

Café und Restaurant ZEISEWEIS
Reuschestraße 11/12
Täglich I a Conditorgebäck — Musikalische Unterhaltung

Werbt Abonnenten

Der echte KAFFEE HAG
zu haben bei:
Hugo Rinner, Opitz-Straße 33 Ecke Yorkstraße
Kolonialwaren, Spirituosen
Edeka-Geschäft!

Café und Conditorei LUX Scheitniger-Str. 25 (Ecke Gellhornstr.)
Angenehm. Aufenthalt / Radio-Konzert
Täglich frische Backwaren

KAFFEE HAG SCHONT IHR HERZ
Hag bleibt Hag
Konditorei u. Café Lehmgrubenstr. 75 Inh. Willi Pirntke
Angenehmer Aufenthalt! Tägl. ia. Backwaren Radiokonzert
KAFFEE HAG SCHONT IHR HERZ

Lest die SAZ

KABA
kalt getrunken in heißen Tagen
eisgekühlt
ist eine ganz besondere Erfrischung.
Das klein. Pak. 0.30 RM.
das große 0.60 RM.
Stets frisch bei:
R. u. J. Lux
Anderssenstr. 2
Leuthenstr. 52
Kolonialwaren

WÄHLEN SIE BITTE SELBST

den Platz, von dem aus Sie ständig die umfangreiche Auswahl unseres neuen Jahresprogramms genießen wollen.
Klassische und moderne Opern, klassische und neueste Operetten wurden zu einem Programm vereinigt, das der verschiedensten Geschmacksrichtung Rechnung trägt und berücksichtigt, daß die Oper neben der Operette für jeden Musikliebenden Vorführberechtigung hat.
Was bietet das Stadttheater-Abonnement?
1) eine bis 30%ige Ermäßigung auf die Abendkassenpreise.
2) den von Ihnen zu bestimmenden Besuchstag. Bei Verhinderung kann die Karte übertragen oder gegen die ermäßigte Gebühr von jetzt 50 Pf. getauscht werden. Ausgenommen sind Gastspiele.
3) Weitere 10 Vorzugskarten nach Wahl zu einem um 15% ermäßigten Kassenpreis, die auch von 3. Personen jederzeit benutzt werden können. Ausgenommen sind Gastspiele. Ferner 2 Vorzugskarten zum Besuch mod. Operettenvorstellungen zum Abonnementpreis.
Die Preise sind eingeteilt in folgende Gruppen und betragen je Vorstellung und Platz einschließlich Garderobengebühr:

ABONNEMENT	Abd. Preis	Abonn.-Preis m. Ermäß. von 20%	25%	30%*
Fremdenloge 1. Reihe	5.30	4.30	4.05	3.80
Fremdenloge übrige Reihen	4.30	3.50	3.30	3.10
1. Rang Proszenium, 1. Reihe	5.30	4.30	4.05	3.80
1. Rang Prosz., übrige Reihen	4.30	3.50	3.30	3.10
1. Rang Balkon u. Loge, 1. Reihe	5.—	4.05	3.85	3.60
1. Rang Balkon u. Loge, übr. Reih.	4.30	3.50	3.30	3.10
Orchesterloge, 1. Reihe	4.80	3.90	3.70	3.45
Orchesterlogen, weitere Reihen	4.30	3.50	3.30	3.10
Orchestersitz, 1. bis 7. Reihe	4.50	3.65	3.45	3.25
Parkett, 8. bis 13. Reihe	3.70	3.—	2.75	2.65
Parkett, 14. und 15. Reihe	3.—	2.45	2.30	2.15
Parkettloge	3.70	3.—	2.75	2.65
2. Rang Balkon u. Loge, 1. Reihe	3.20	2.60	2.45	2.30
2. Rang Loge, übrige Reihen	2.60	2.10	2.—	1.90
2. Rang Balkon, hintere Reihen	2.80	2.30	2.15	2.—
3. Rang Sitzplatz	2.10	1.70	1.60	1.50

* 30% Abonnement-Ermäßigung für die Mitglieder der Opernhilfe

Fordern Sie bitte unseren Prospekt

STADTTHEATER

WOHIN AM SONNTAG?

Waldschlößchen-Zimpel
Inh. E. Vollberg — Friedrich-Ebert-Straße 10
(gegenüber dem wundervollen Rosengarten)
Straßenbahn 9 und 18 Telefon 41087
Beliebtes Familienlokal
Jeden Sonntag und Donnerstag Tanz
Säle und schöner Garten für Vereinsfestlichkeiten

„Gesellschaftshaus Gräbschen", früher Hopf & Goerke
Inh. Fritz Schwinsitzky
Sonntag TANZ
Festsäle — Kipke Bier — Vorzügl. Speisen — Vereinen best. empfohlen

Gasthaus zum Rothkretscham
Inh. Walter Thie.
Ofener Straße 127
Beliebtes Familienlokal mit Garten

BRAUEREI und AUSSCHANK
Zum großen Meerschiff
Reuschestr. 28 Inh.: E. Vogel Telefon 50633
Nur selbstgebraute Biere
Anerkannt gute, preiswerte Küche
Siphon- und Flaschenbier frei Haus

Im „Jägerhof"
Gräbschenerstraße

Hoffmanns Festsäle, Pöpelwitzstr. 15/19
Saal- und Garten-Etablissement
Jeden Sonntag: Vornehmer Tanz.

„Bürgergarten" Oswitz
Im Saale — Jeden Sonntag Tanz
Im Garten — Freikonzert und Freitanz
Eigene Fleischerei und Wurstfabrik

Fleischerei und Wurstfabrik
Hermann Kipke
Frankfurter Straße Nr. 174
Gaststätte
Angenehmer Familienaufenthalt

„Zum Reichsadler" Gr.-Tschansch
Inh. Albert Möser
Jeden Sonntag
Konzert und Gesellschaftstanz
Angenehmer Familien-Aufenthalt — Solide Preise
Saal und Garten für Festlichkeiten noch fre

BEZIRK OBERSCHLESIEN

Dampf-Molkerei Ratibor
Inh. Albert Konkart · Salzstr. 10
Tafelbutter, Schlagsahne, Speisequark, div. Tafelkäse
Vertrieb von Flaschenmilch

Ludwig Honisch
Bäckerei, Kolonialwaren
Ratiborhammer

ff. Fleisch- und Wurstwaren
nur bei Julius Scharff
Ratiborhammer

Oskar Prokop
Kolonialwaren · Feinkost
Ratiborhammer O.-Schles.

Beachtet unsere Inserate

Julius Kochmann
Dampfdestillation · Likörfabrik
Wein-großhandlung
Hindenburg O.-S.
Gegründet 1879
Fernruf Nr. 2503
Erstklassige Fabrikate. Äußerste Preise

Hast Du schon die neue Broschüre „Prolet greif zu!"
Wenn nicht, so besorge sie Dir im Parteisekretariat.
Preis 15 Pfg.

Herrenbekleidung
Berufsbekleidung
bei
immer nur
Münzer & Adler
Beuthen OS, Ring 8
Ecke Schießhausstraße

Rotsiegel Seife

Kennen Sie den hohen Sammelwert der Siegelmarken?
Sie erhalten bei Einsendung von Marken im Gesamtwert von
RM. 15.— = 1 Paar moderne Damenstrümpfe I. Wahl
„ 10.— = 1 „ „ Herrensocken „
oder auf Wunsch in bar unseren entsprechenden Selbstkostenpreis beim Großeinkauf: RM. 1.75 bzw. 1.25.
Fordern Sie von Ihrem Kaufmann eine Strumpfbestellkarte.

Will die SA putschen?

Wie sieht es in den Nazilagern aus? — Führersitzung der Breslauer SA — Kommt in Breslau Nazi-Hilfspolizei? — Was geht im Hause Kaiser-Wilhelm-Straße 127 vor?

Aus Mitgliederkreisen der Nationalsozialisten sickern in den letzten Tagen für die proletarische Oeffentlichkeit wichtige Nachrichten durch. Es ist ein offenes Geheimnis bei der NSDAP, daß man mit der Taktik Hitlers nach der Wahl nicht einverstanden ist. Große Teile der SA-Mitglieder sind darüber ungehalten, daß man in der Wahlnacht nicht losgeschlagen hat. Dabei war der Putsch gut organisiert und gut vorbereitet. Die einzelnen Exzesse, Feuerüberfälle und Terrorisierung der Arbeiter, die schon am Nachmittag des Wahlsonntags einsetzten, sind in diesem Zusammenhang nur als Vorläufer für das Losschlagen der SA in der darauffolgenden Nacht anzusehen. Umso größer war die Enttäuschung, als in später Nachtstunde von der Führung zurückgepfiffen wurde.

Vor einigen Tagen fand in diesem Zusammenhang in Breslau eine Führerbesprechung der SA statt. Die Zwei-Drittel-Mehrheit der erschienenen Sturmtrupp- und Standartenführer stellte sich hinter die Richtung Strasser, der im Augenblick im Gegensatz zu Hitler für ein Loschlagen der SA und für organisierte „Märsche auf die Großstädte" Deutschlands ist. Wie verlautbart, hat man an das Braune Haus in München ein Ultimatum abgesandt, in dem bis zum 10. dieses Monats der Befehl zum Losschlagen gefordert wird. Käme dieser Befehl nicht, so würde man auf eigene Faust die Initiative ergreifen.

Die Nazipartei besteht also im Augenblick aus zwei großen Lagern. Das eine um Hitler, der für Legalität ist, und das andere um Strasser, der für offenen Putsch eintritt.

Daß man den Boden hierfür vorbereitet, geht aus den Maßnahmen hervor, die sowohl in Braunschweig als auch in Oldenburg durch die Einsetzung einer Nazihilfspolizei ersichtlich ist. Auch in Breslau werden die organisatorischen Vorbereitungen zur Errichtung einer SA-Hilfspolizei getroffen.

Wir tragen in diesem Zusammenhange an, was geht auf dem Grundstück in der Kaiser-Wilhelm-Straße 127 vor? Dort soll sich ein Werbebüro für die zu schaffende Hilfspolizei der Nazis befinden. Mit der Empfehlung von Mitgliedern der NSDAP tauchen dort SA-Leute auf und lassen sich in Bewerberlisten eintragen. Bis jetzt seien über 500 Eintragungen erfolgt. Bedingung ist, daß der Bewerber beim Militär gedient hat und mit dem Waffengebrauch vertraut ist.

Der Zeitpunkt und die Art der Ausführung des Handgranatenanschlages auf unseren Genossen Eckstein, ein wahrscheinlich verteilter Anschlag auf unseren Genossen Kirstein, weisen darauf hin, daß zwischen den Plänen der Nazis für die Mitte dieses Monats und diesen Anschlägen engere Zusammenhänge bestehen.

Wir fordern von den zuständigen Behörden Aufklärung über die Pläne der Nationalsozialisten, Aufklärung darüber, ob unsere Information über das Werbebüro einer Hilfspolizei zu Recht besteht!

Der Breslauer Arbeiterschaft rufen wir aber in der Stunde höchster Gefahr zu: Seid wachsam!

Jetzt ist der Moment gekommen, wo die einzelnen Selbstschutz- und Abwehrorganisationen in gemeinsamer Front mit den Breslauer Betriebsarbeitern, den Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützten den Block der Breslauer Arbeiterklasse schaffen müssen.

Handgranatenanschläge

Bei den Ueberfällen, Revolverattentaten und Handgranatenanschlägen gegen linksstehende Parteifunktionäre der letzten 24 Stunden kann man nicht mehr von einem „Durchgehen der Temperamente" einzelner SA-Mitglieder oder gar Stürmer sprechen. Der Handgranatenanschlag auf die Wohnung unseres Genossen Eckstein, über den wir an anderer Stelle in unserer Zeitung berichten, und ein neuer Handgranatenanschlag in Oberschlesien beweisen, daß die SA wahrscheinlich die letzten Stunden bis zur Standrechtserklärung tatkräftig ausnutzen will.

*

Ratibor, 5. August.

Freitag früh wurde gegen ein Haus in Markowitz, in dem der Schriftführer der Kommunistischen Partei wohnt, eine Handgranate geworfen. Der Sprengkörper explodierte auf der Straße, ein Splitter drang in die Wohnung eines früheren Postschaffners, ohne weiteren Schaden anzurichten. Der Täter soll ein Motorradfahrer gewesen sein.

Grober und leichter Unfug

Breslau, 6. August.

Die Kosten für ungedeckte Schäden, die durch mutwilliges Zerstören usw. von öffentlichen Beleuchtungsanlagen entstanden sind, haben im letzten Vierteljahr (April bis Juni) erfreulicherweise weiter abgenommen. Sie betrugen 927.11 RM. gegenüber 2326.76 RM. im Vierteljahr Januar/März und 2651.11 RM. im Vierteljahr Oktober/Dezember 1931. Im einzelnen sind beschädigt oder zerstört worden: 5 Glocken, 94 Scheiben, 1 Lichtschirm, 208 Glühkörper, 1 elektrische Sicherung, 3 Schlösser mit Ketten und 1 Leiter. Der hierdurch entstandene Schaden beläuft sich auf rund 155.35 RM. Durch Umfahren von Kandelabern und Beschädigen von Laternen in insgesamt 22 Fällen ist ein weiterer Schaden von 894.73 RM. entstanden. Die Gesamtkosten haben mithin 1050.08 RM. betragen. Hiervon ist ein Betrag von 122.94 RM. abzusetzen, der durch geeignete Maßnahmen wieder eingebracht werden konnte. Ferner kamen in dem abgelaufenen Vierteljahr noch 1170.94 RM. von früheren Beschädigungen zur Erstattung.

Einebnung von Grabstätten

Breslau, 6. August.

Auf den städtischen Friedhöfen in Breslau-Carlowitz, Lilienthal, Maria-Höfchen, Klein-Masselwitz, Klein-Mochbern, Neukirch, Oswitz (Dorffriedhof), Pilsnitz, Rosenthal und Klein-Tschansch werden in den nächsten Monaten diejenigen Grabstätten für Erwachsene und Kinder mit Ausnahme der Erbbegräbnisse eingeebnet und für die Wiederbelebung vorbereitet, die vor mehr als 25 Jahren belegt worden sind und deren Anrecht abgelaufen ist.

Eingeebnet werden ferner vor Ablauf des Anrechts diejenigen Grabstätten, die sich in gärtnerisch oder baulich schlechtem Zustande befinden. Zur Vermeidung der Einebnung ist bis zum 30. September d. J. das Anrecht gegen Zahlung des entsprechenden Entgelts zu verlängern und die Grabstätte ordnungsmäßig instandzusetzen. Näheres ergeben die Aufrufe, die auf den betreffenden Friedhöfen ausgehängt sind und bei den zuständigen Friedhofsvorstehern und Friedhofsinspektionen sowie in den Bezirksämtern, der Gartendirektion — Abtlg. Friedhöfe — und dem Verwaltungsbüro XVIII F, Breite Straße 25, eingesehen werden können.

Motorradunfall

Waldenburg, 6. August.

Der Eisenkaufmann Vieth aus Altwasser streifte auf der Charlottenbrunner Straße mit seinem Motorrad beim Ueberholen eines anderen Fahrzeuges einen Radfahrer. Er stürzte mit dem Motorrad und erlitt einen schweren Schädelbruch, einen Schlüsselbeinbruch und einen Schulterblattbruch, der Radfahrer einen Beinbruch. Der Soziusfahrer auf dem Motorrad kam mit leichten Hautabschürfungen davon.

Erfolg der Breslauer Schuharbeiter

Breslau, 6. August.

Nach 4wöchentlicher Dauer wurde die Arbeit geschlossen aufgenommen unter der Bedingung, daß nicht die vom Breslauer Schlichter, Herrn Gewerberat Prof. Kramer, festgesetzten gekürzten Lohnsätze,

sondern die vor dem Abwehrstreik bestehenden Lohnsätze weiter bezahlt werden.

Somit gelten auch die zentralen Berliner Abmachungen für die Breslauer Schuhfabrikanten. Der Abwehrstreik war ein voller Erfolg der Streikenden. Auf Ersuchen der Arbeitgeber erfolgte die Arbeitsaufnahme; damit sind die vom schlesischen Schlichter festgesetzten Löhne bedeutungslos geworden. Der Zentralvorstand der Schuhmacher hat über das Verhalten des schlesischen Schlichter beim Reichsarbeitsministerium Beschwerde geführt, weil das Verfahren über das Weiterbestehen des Reichstarifvertrages für Schlesien noch nicht erledigt ist und der schlesische Schlichter durch seinen Schiedsspruch in ein schwebendes Verfahren eingriff und eine seit 15 Jahren bestehende reichstarifliche Regelung außer Kraft setzen wollte.

In einem Betrieb, mit 35 Beschäftigten, wird noch weiter gestreikt. Der Arbeitgeber hat auch dort die Berliner Vereinbarungen anerkannt, jedoch sollte die Arbeitsordnung eine wesentliche Verschlechterung erfahren und teilweise diese Berliner Abmachungen wirkungslos machen. Diese Verschlechterung wird von der Belegschaft abgelehnt; der Abwehrstreik geht dort weiter.

Vor einer Stillegung der Donnersmarckhütte?

Hindenburg, 5. August.

In der heutigen Stadtverordnetensitzung führte Oberbürgermeister Franz in Ergänzung seines schriftlich niedergelegten Verwaltungsberichtes u. a. aus, daß der Stadt infolge der Stillegung der Koksanstalt der Donnersmarckhütte nach dem nunmehr endgültig gewordenen Abbruch der Borsighütte eine neue Gefahr erwachse. Es sei leider zu befürchten, daß die Verlegung des Betriebes der Koksanstalt der Donnersmarckhütte nach der Julienhütte der erste Schritt zur vollständigen Stillegung auf der Donnersmarckhütte sei.

Polizeibeamter überfallen und lebensgefährlich verletzt

Beuthen, 5. August.

Freitag früh gegen 2 Uhr wurde ein Polizeioberwachtmeister, der sich nach Beendigung seines Dienstes nach Hause in den Stadtteil Roßberg begab, dort von sechs randalierenden Burschen, die er zur Ruhe mahnte, in bestialischer Weise überfallen und zu Boden geschlagen. Die Angreifer entrissen ihm das Seitengewehr und die Pistole, brachten ihm mehrere Stichverletzungen bei und schlugen ihn über den Kopf, so daß er zeitweise die Besinnung verlor. Nach vollbrachter Tat flüchteten sie in Richtung Schützenhaus. Der schwer verletzte Beamte raffte sich auf, lief hinter ihnen her und gab mit seiner Polizeipfeife Signale ab. Der eine der Verfolgten wandte sich um und versetzte dem Beamten einen weiteren Schlag auf den Kopf. Der Ueberfallene mußte nun in einem Hausflur Zuflucht suchen, wo er von einem Bewohner hilflos aufgefunden wurde. Während der Flucht fielen mehrere Schüsse, durch die zwei der Täter Schußverletzungen an der Hand, am Oberschenkel und am Unterleib erhielten. Von wem die Schüsse abgegeben worden sind, ist noch nicht geklärt, ob von den Tätern in der Dunkelheit das Ziel verfehlt wurde oder ob von dritter Seite geschossen wurde, da der Polizeibeamte nicht mehr im Besitz seiner Pistole war. Der Beamte und die beiden verletzten Täter wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Beamte hat einen Schädelbruch, erhebliche Schnitt- und Stichwunden am Gesicht und an den Händen davongetragen, so daß Lebensgefahr besteht. Auch einer der Täter ist lebensgefährlich verletzt. Die übrigen vier Burschen konnten gleichfalls festgenommen werden. Sie sind der Polizei als gemeingefährlich bekannt. Die Tat hat keine politischen Beweggründe. Das Seitengewehr des Beamten konnte bereits gefunden werden, die entrissene Pistole dagegen noch nicht.

*

Die „Neutralität" dieses Polizeiberichtes läßt es als sicher erscheinen, daß es sich hier um einen faschistischen SA-Ueberfall auf die Polizei handelt.

Durchsuchung nach Waffen bei KPD-Mitgliedern

Breslau, 5. August.

Auf Grund verschiedener Vorkommnisse in Hartlieb nahm, wie die Polizei mitteilt, Freitag früh gegen 4 Uhr ein größeres Polizeiaufgebot eine Durchsuchung bei 26 Angehörigen der KPD vor. Neben mehreren Revolverpatronen und einer Schreckschußpistole sowie einem Seitengewehr wurde eine größere Anzahl von Schlagwerkzeugen gefunden. Acht Personen wurden festgenommen. Sie werden dem Schnellrichter zugeführt.

Schwere Verkehrsunfälle

Breslau, 5. August.

Auf der Kaiser-Wilhelm-Straße lief einem Autoführer plötzlich eine ältere Frau vor den Wagen. Da der Führer auf so kurze Entfernung nicht mehr halten konnte, wurde die Frau angefahren, zu Boden geschleudert und schwer verletzt. Der Führer des Kraftwagens brachte sie ins Krankenhaus. Die genauen Personalien der Verunglückten konnten noch nicht festgestellt werden.

Jeder Genosse, jede Genossin!
Wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Wir kämpfen weiter

Breslau, 6. August.

Mitgliederversammlung. Die „Wratislawiasäle" sind überfüllt. Zuspätkommende finden nur mit Mühe auf irgendeiner Fensterbank ein Plätzchen.

Gleich zu Beginn fällt dem Eintretenden auf: nirgends niedergeschlagene Stimmung, kein Kopfhängertum. So war es nicht verwunderlich, daß diese Versammlung zu einem gewaltigen Bekenntnis für die SAP und für die Fortführung der politischen Linie unserer Partei wurde.

Genosse Rausch eröffnet; dann spricht Genosse Eckstein. Wir können hier nicht sein Referat in Einzelheiten wiedergeben. Er umreißt die ökonomische und politische Situation, kritisiert die beiden großen Arbeiterparteien, beweist, daß die Opposition, die die SPD jetzt betreibt, sich auf parlamentarischer Ebene bewegt — in einem Augenblick, in dem es kein Parlament mehr gibt. Er kommt dann auf die Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse zu sprechen und leitet an dieser Stelle zur Begründung der Notwendigkeit unserer Partei über. Unsere Niederlage, die uns mit dem Stimmzettel zuteil wurde, darf uns nicht mutlos machen, denn tagtäglich und stündlich beweisen es die immer wieder begangenen Fehler der SPD und KPD, daß wir innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung eine große Aufgabe durchzuführen haben.

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse muß sich auf zwei wesentlichen Faktoren aufbauen. Er muß einerseits bewußt, andererseits einheitlich geführt werden. Erst wenn es uns gelingt, dieses Bewußtsein in den breiten Massen der Arbeiterschaft zu wecken, und gleichzeitig die Einheit für den Kampf zu schaffen, wird der Sieg des deutschen Proletariats sicher sein.

In der Diskussion beteiligten sich 10 Genossen. Mit Genugtuung kann man feststellen, daß die Mitgliedschaft und die Funktionäre der Partei von der Notwendigkeit der SAP und von der Notwendigkeit der Fortführung unserer Arbeit auf dem Boden unserer Prinzipienerklärung und des Aktionsprogramms nicht nur überzeugt sind, sondern mit frischen Kräften das Letzte dransetzen wollen, um unsere Idee vom Einheitsblock in weitere Arbeiterschichten zu bringen.

Wer dieser Mitgliederversammlung mit einiger Besorgnis entgegengesehen hatte, war schwer enttäuscht. Von den anderen Parteien, die uns totgesagt haben und den angeblichen „Leichnam" nun fleddern wollen, werden nämlich gerade in den letzten Tagen nach der Wahl die unglaublichsten Gerüchte in die Welt gesetzt, mit denen man versuchte, von außen her bei unseren Mitgliedern eine liquidatorische Stimmung zu erzeugen. Diese Gerüchte hatten in einigen unserer Mitglieder den Glauben großgezogen, daß Teile unserer Mitgliedschaft die Liquidierung wünschten; diese Befürchtungen zerflossen aber in ein Nichts.

Die gestrige Mitglieder-Versammlung brachte den Beweis, daß unsere Parteigenossen an eine Liquidation nicht im Traum gedacht haben und auch weiterhin denken werden. Einstimmig wurde der Wille unserer Mitglieder in der nachstehenden Resolution niedergelegt:

Resolution:

„Die Mitgliederversammlung der SAP-Ortsgruppe Breslau erklärt, daß sie weiterhin bereit und entschlossen ist, den Kampf gegen den Faschismus unter

voller Wahrung ihrer Selbständigkeit

zu führen. Der sich erneut verschärfende reformistische Kurs der SPD wie der ultralinke Kurs der KPD haben vor allem durch die Ereignisse des Staatsstreichs vom 20. Juli aufgezeigt, daß diese beiden Parteien zur Führung dieses Kampfes nicht fähig sind.

Diesen außerparlamentarischen Kampf schärfer denn je auf revolutionärer Grundlage zu führen ist und bleibt die Aufgabe der SAP, deren Weg durch Aktionsprogramm und Prinzipienerklärung vorgezeichnet ist.

Stärker denn je muß zur Durchführung der roten Einheitsfront die SAP ihre Kräfte einsetzen mit dem Bemühen, zu einer noch engeren Fühlungnahme zu den Massenorganisationen und zu den großen Massen des Proletariats, die noch im reformistischen Lager bei der Eisernen Front sind, zu gelangen."

Zeugen gesucht!

Alle diejenigen, die evtl. Angaben oder Beobachtungen über den Handgranatenanschlag auf unseren Genossen Eckstein machen können, werden gebeten, dies nicht nur auf der Polizei, sondern auch in der Redaktion unserer Zeitung, Kleine Holzstr. 3, zu melden.

Und die SJV Ortsgruppe Breslau?

Die im SJV organisierte proletarische Jugend Breslaus, die durch ihre Massen und ihre Aktivität der ausschlaggebendste Faktor der proletarischen Massenbewegung in unserer Stadt ist, steht auf dem gleichen Standpunkt wie die Mitglieder der SAP. Einstimmig wurde in einer Generalversammlung, die am Mittwoch dieser Woche tagte, folgende Willenserklärung gefaßt:

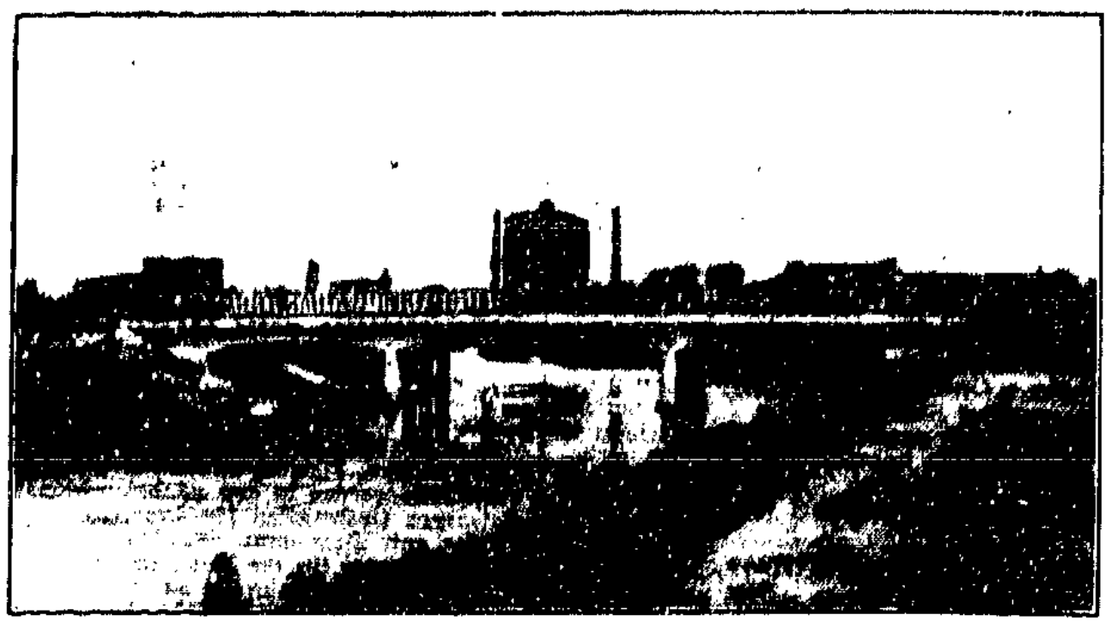
„Der SJV Breslau ist entschlossen, in vollständig organisatorischer Selbständigkeit auf der Grundlage seiner Prinzipienerklärung in enger Verbundenheit mit der SAP seine Arbeit fortzusetzen. Er sieht seine Hauptaufgabe darin, mehr noch als bisher für die rote Einheitsfront in den Massenorganisationen vor allem in den Reihen der Jungen Front zu arbeiten."

Der „Margaretensteg“

Die neue Fußgängerbrücke über die Ohle

Breslau, 6. August.

Der Neubau des Margaretenwehres zum Schutze der Ohleniederung hat auch den Bau einer Fußgängerbrücke über den Ohledurchstich oberhalb des Wehres nötig gemacht, damit der Zugang zu dem eingedeichten Gelände aufrecht erhalten wird. Von der



Staatlichen Bauabteilung „Ohleniederung“, der die Bauausführung zur Eindeichung der Ohleniederung oblag, war die Errichtung eines Fußsteges von 2 Meter Breite vorgesehen, durch den der alte Laufsteg bei dem Krankenhaus Bethanien über die Ohle ersetzt werden sollte. Da die Erschließung des neu eingedeichten Geländes rechts der Ohle jedoch einen breiteren Zugang erforderte, war die Ausführung des Steges der Stadtgemeinde unter Gewährung eines Zuschusses in Höhe der Baukosten, die der 2 Meter breite Fußsteg erfordert hätte, überlassen worden.

Die Stadtgemeinde hat nunmehr etwa 90 Meter oberhalb des Wehres eine 6 Meter breite befahrbare Eisenbetonbrücke über das neugegrabene Ohlebett vor dem Wehr erbaut. Das Tragwerk dieser Brücke besteht aus einer Plattenbalkendecke auf 4 Stützen, die in der Mitte eine Oeffnung von 11 Metern und an den Seiten Oeffnungen von je etwa 8,30 Meter freilassen. Bemerkenswert an dieser Brücke ist das Fehlen jedweder Grundmauern und Pfeilerschäfte. Die Mittelstützen und die Widerlager werden vielmehr von Jochen aus je vier 40 cm starken Eisenbetonpfählen gebildet, die am Lande hergestellt und dann in die Flußsohle eingerammt worden sind.

Die Rippendecke besteht aus vier 35 cm starken Hauptträgern von 0,75 und 0,85 m Höhe in den Feldmitten sowie 1,15 und 1,25 m über den Pfählen, mit denen die Träger fest verspannt sind.

Die Brücke, deren Ansicht vom rechten Ufer stromaufwärts das beigegebene Lichtbild wiedergibt, soll in erster Linie dem Fußgängerverkehr dienen. Sie ist jedoch auch für leichtere Fuhrwerke benutzbar, da die geplante Errichtung eines Volksparkes mit Kleingärten auf dem rechten Ufer die Befahrbarkeit der Brücke erfordert. So ist zwischen den 1,75 m breiten Fußstegen in der Mitte eine 2,50 m breite Fahrbahn hergestellt worden. Fahrbahn und Fußstege sind mit Hartgußasphalt abgedeckt.

Dem öffentlichen Verkehr wird die Brücke übergeben werden, sobald die Zugangswege von der Klosterstraße einerseits und am Margaretendamm auf dem rechten Ufer hergestellt sein werden.

Die Brücke hat den Namen „Margaretensteg“ erhalten.

Bürgersteuer — Außenkontrolle

Breslau, 6. August.

Der Magistrat — Steuerverwaltung — schreibt uns:

„Der Stadtgemeinde Breslau ist vom Präsidenten des Landesfinanzamtes die Mitwirkung bei der Außenkontrolle der Bürgersteuer übertragen worden. Die Kontrolle durch Beauftragte des Magistrats wird sich ausschließlich auf diejenigen Arbeitgeber erstrecken, die nicht lohnsteuerpflichtige, aber bürgersteuerpflichtige Arbeitnehmer, zum Beispiel: Hausangestellte, einfache Gewerbegehilfen usw. beschäftigen.

Die Kontrollbeamten sind im Besitze eines mit Lichtbild versehenen Dienstausweises, den sie zu Beginn der Amtshandlung unaufgefordert vorzuweisen haben. Die Arbeitgeber werden ersucht, alle Unterlagen über die den Arbeitnehmern einbehaltenen und der städtischen Steuerkasse XII oder auswärtigen Gemeinden abgelieferten Bürgersteuerbeträge den Kontrollbeamten bereitwillig vorzulegen, damit die Kontrolle sich möglichst schnell und reibungslos abwickelt. Mit der Kontrolle wird in nächster Zeit begonnen werden.“

Der Polizeibericht über Steinau a. d. O.

Steinau, 4. August.

Zu den politischen Zwischenfällen am 1. August teilt die Polizeiverwaltung Steinau mit:

„Gegen 10 Uhr vormittags sammelten sich vor dem Arbeitsamt, Poststraße, etwa 50 Arbeitslose verschiedener politischer Richtungen, um ihrer Stempelpflicht zu genügen. Als zwei SA-Leute auf das Arbeitsamt zukamen, wurde ihnen, wie ein einwandfreier Zeuge bestätigt, „Messer raus“ zugerufen. Auf der Treppe des Arbeitsamtes versuchten nun mehrere Erwerbslose den beiden SA-Leuten den Zutritt zum Arbeitsamt solange zu verwehren, bis sie die roten Armbinden mit Hakenkreuz entfernten. Dies wurde von den SA-Leuten als unberechtigt verweigert, worauf sie ihrer Binde beraubt und der SA-Mann Jankowski geschlagen, getreten und unterhalb des rechten Auges mit einem Messer gestochen wurde. Der andere SA-Mann wurde durch scharfe Fußtritte verletzt. Durch den Menschenauflauf erschienen weitere fünf SA-Leute, um ihre bedrängten Kameraden zu befreien. Hierbei gab ein SA-Mann einen Schuß ab, von dem der Arbeiter Wittig an den Kopf getroffen sein soll. Die Waffe, angeblich eine Schreckschußpistole, soll dem SA-Mann entwunden worden sein. Die Verletzung des Wittig ist nicht schwerer Natur. Es steht auch nicht einwandfrei fest, ob es sich um eine Schuß- oder Stichverletzung handelt. Wittig befindet sich in häuslicher Pflege. Ein Geschoß konnte nicht gefunden werden. Die bedrängten SA-Leute forderten inzwischen polizeilichen Schutz an und flüchteten durch die Promenadenanlage nach dem Ring. Von hier riefen sie zum Schutze weitere SA-Mannschaften aus dem Schützenhaus herbei. Als die verfolgten SA-Leute die Oderstraße entlang liefen, um in das Schützenhaus zu gelangen, wurden sie von den inzwischen die Post- und Wallstraße entlang kommenden Arbeitslosen bei dem Kaufhaus Müller abgefangen. Hier entwickelte sich eine gemeinsame Schlägerei, bei welcher der Arbeiter Willi Friese von hier, der einem SA-Mann einen Schlag versetzte, durch Messerstiche verletzt wurde. Die Verletzungen des Friese sind schwerer Natur. Er erhielt einen Stich von rückwärts in die rechte Schulter und die Lunge, einen Stich in den linken Oberarmmuskel und einen weiteren Messerstich in die linke Gesichtshälfte. Friese wurde in das Kloster der Barmherzigen Brüder geschafft und ist außer Lebensgefahr. In der gemeinsamen Schlägerei wurden zwei Arbeiter und zwei SA-Leute gleichfalls durch Messerstiche leichter verletzt. Durch energisches Eingreifen der Polizeibeamten gelang es dann, die Arbeitslosen zu zerstreuen und die SA- und SS-Leute, letztere auf zwei Kraftwagen, nach dem Ringe zu abzudrängen. Einige SA-Leute begaben sich vor das Haus des Gewerkschaftssekretärs Werner, aus dem sie eine Parteifahne herausholten. Desgleichen wurden bei dem Redakteur der „Oderpost“, Willi Hauffe, in der Bismarckstraße und bei dem Arbeiter Scholz eine dem Sattler Böttcher auf der Marienstraße gehörige, mit drei Pfeilen versehene Fahne der Eisernen Front unter Drohungen herausgeholt und verbrannt. Eine große Anzahl Täter konnte bereits ermittelt werden. Auch sind einigen SA-Leuten zwei Schußwaffen und andere verbotene Waffen abgenommen worden. Durch Einsetzen der Landjägereibeamten wurde die öffentliche Ruhe und Ordnung bald wieder hergestellt und die Stadt durch starke Patrouillen unter Hinzuziehung eines Überfallkommandos aus Breslau auch des Nachts überwacht.

Die arme „verfolgte SA“! Zu seltsam, daß dieser Bericht, der übrigens ganz eindeutig für die Nazis Stellung nimmt, immer wieder zugeben muß, daß revolutionäre Arbeiter verletzt worden sind. Da stimmt doch was nicht.

SPD und KPD verlangen Abberufung des Reichskommissars

Berlin, 5. August.

Sowohl die sozialdemokratische wie auch die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtags wenden sich in Anträgen gegen die Notverordnung vom 20. Juli über die Absetzung der geschäftsführenden Regierung und die Einsetzung des Reichskommissars. Der sozialdemokratische Antrag verlangt, daß der Landtag „auf das entschiedenste gegen diese völlig ungesetzliche und verfassungswidrige Vorgehen“ protestiere. Neben der Aufhebung der Notverordnung soll der Landtag die beschleunigte Herbeiführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes fordern. Der kommunistische Antrag verlangt gleichfalls die Aufhebung der Notverordnung, er will ferner alle auf Grund dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen rückgängig machen und einen Beschluß des Landtags herbeiführen, wonach kein Beamter oder Angestellter verpflichtet sein soll, den auf Grund dieser Verordnung erlassenen Dienstanweisungen nachzukommen.

Weiter haben die Sozialdemokraten und Kommunisten Anträge auf Auflösung der SA und Schließung der SA-Heime, die Kommunisten auch Anträge auf Aufhebung der Zeitungs- und Versammlungsverbote und ein Mißtrauensvotum gegen Landtagspräsidenten Kerrl eingebracht.

Ostpreußen Kommissar

CNB. Berlin, 5. August.

Wie der „Lokalanzeiger“ erfährt, hat der Reichskommissar einen Spezialkommissar zur Aufklärung der Terrorakte nach Königsberg entsandt, und zwar ist mit diesem Auftrage der Oberregierungsrat Dr. Siels aus dem Preußischen Innenministerium beauftragt worden.

Wie man jemanden legal bestiehlt

Berlin, 5. August.

Wie man jemanden legal bestiehlt, das zeigt im Rahmen des August-Programms des Wintergartens — seinen bekannteren Kollegen würdig — Sealtiel, der ehrliche Taschendieb. Er bringt auf der Bühne einige Kartenkunststücke und räumt dabei die Taschen seiner Opfer aus dem Zuschauerraum aus. Im übrigen ist das erste Programm der neuen Saison außerordentlich reichhaltig. Hunter unter Assistenz von Bobette mimt den Betrunkenen und vollbringt dabei prächtige Artistenleistungen, die denen der Tom-Tim-Gruppe und der vier Richy's — Gummimenschen und hochartistische Exzentriker — kaum nachstehen. Levanda spielt mit Füßen und Bällen, und eine Jongleurtruppe und C. und M. Mayo — ungarische Streichvirtuosen, vor allem aber Paul Remos und seine Wunderzwerge — machen dieses Programm besonders ansehenswert. Ueber Geschmack soll man bekanntlich nicht streiten, ob Herbert LaMartines Treppenstepperei aber mit Tanz etwas zu tun hat . . . ? Als Parodie kann man's immerhin gelten lassen. Seine Assistentinnen sind uniformierte Puppen, mit außerordentlich geschickten Füßen. Originell ist die Sache immerhin. Jo.

Die Patentpartei

Draußen war es ziemlich heiß. In meiner Arbeitsstube aber war es angenehm kühl. Gedankenschwitzend saß ich an meiner Schreibmaschine.

Da klopfte es, die Tür öffnete sich und herein trat ein Subjekt. Es war so etwas undefinierbares an und um diese Erscheinung, so ein Hauch von Branitz und Tost. Ganz bestimmt kein Ergebnis der heutigen Hitze. Nein, die Sache scheint chronisch.

Und der Mann kramte in seiner Aktentasche herum, zog dann einen ziemlich strammen Packen Papiere heraus, die er feierlich und fein säuberlich auf den Tisch legte. Worauf er sich ebenso feierlich an mich wandte.

„Ich bin nämlich der Mlotek, wissen Sie. Der Mlotek aus Gleiwitz. Und ich habe den Entschluß gefaßt, Deutschland zu retten. Wir haben doch 30 Millionen Arbeiter in Deutschland, und wenigstens ein und eine halbe Million Beamte. Die alle müssen meine Partei wählen, die deutsche Einheitspartei verkürzt EHaPe. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig. Mit den anderen Parteien hat es doch keinen Wert. Meine ist die Richtige. Sie will nichts weiter, als Deutschland wieder reich und groß machen.“

Natürlich stutzte ich ein bißchen. Das Männlein ließ sich aber nicht beirren und fuhr fort:

„Hier habe ich die Kandidatenliste. Ueberzeugen Sie sich bitte, daß alle Stände darauf vertreten sind. Auch alle politischen Richtungen habe ich berücksichtigt. Und hier sind dreihundert Unterschriften, die ich allein in Gleiwitz gesammelt habe.“

Es waren richtig dreihundert Unterschriften. Spaßvögel oder Narren, was weiß ich! Aber die Unterschriften waren echt, vom Wahlamt Gleiwitz beglaubigt. Die Kandidatenliste aber fing mit dem Namen Mlotek an, der erst siebenmal wiederkehrte. Der wackere Menschenfreund hatte seine ganze männliche Verwandtschaft zuerst bedacht. Dann aber, nach dem Hause Mlotek, kam das Haus Hohenzollern. Der Kronprinz voran und nach ihm alle Prinzen bis zum Auwi abwärts. Und nach den Hohenzollernprinzen folgten in einer Reihe die Politiker Oberschlesiens. Der Kommunist Jendrosch, Ulitzka, Kleiner, ein paar noch nicht berühmte Nazis. —

„Wenn Sie wünschen, setze ich Sie an die zweite Stelle, gleich hinter mir“, meinte Herr Mlodek entgegenkommend.

Ich wünschte nicht. Freute mich, seine Bekanntschaft gemacht zu haben. Hielt seine Einheitspartei für den einzigen Gedanken, der Deutschland augenblicklich retten könnte und begleitete den Mann höflich zur Tür hinaus bis zum Hof.

Und stutzte doch ein bißchen, als ich wieder in die Stube trat und auf den Tisch sah. Es war Zufall, gewiß. Aber da lag breit aufgeschlagen die Kandidatenliste der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Etliche Prinzen, ehemalige Bolschewisten, dazwischen ein paar Paradearbeiter, Intellektuelle, Industrielle, kurz, beinahe dieselbe Mischung wie auf der Kandidatenliste der Ehape des Herrn Mlotek aus Gleiwitz. Nur daß seine Familie fehlte. Oder war sie etwa doch vertreten? Getarnt natürlich?

Und diese Partei kriegte bei der Präsidentenwahl mehr als 11 Millionen Stimmen.

Woraus klar ersichtlich, daß wir das Volk der Dichter und Denker sind. — ky.

Pech

Der Pfarrherr von Pschow im Kreise Rybnik im polnischen Oberschlesien ist einer von den vorsichtigen Hausvätern. Er sammelt Schätze, die Rost und Motten fressen. Und weil der Prophet in seinem eigenen Vaterlande wenig gilt, legte er die gesammelten Schätze im nachbarlichen Deutschland an, in einer Bank in Ratibor.

Inzwischen kamen aber kritische Zeiten für das Reich der Papen und Schleicher. Und ein vorsichtiger Mensch kann nie wissen, ob es nicht noch kritischer kommt, und er baut vor. Also begab sich der Pfarrherr von Pschow über die Grenze, nach Ratibor und in die Bank und er hob seinen Schatz an irdischem Mammon ab. Ganze 335 000 Mark. Durchaus nicht wenig, aber alles ehrlich verdient mit Fasten und Beten.

Als er aber mit den dicken Banknotenbündeln unter dem geweihten Rock so dahinfuhr in der Zuckelbahn von Ratibor nach Sumina, siehe, da fiel es ihm plötzlich schwer aufs Herz zwischen Piela und Gurek. Denn er erinnerte sich, daß sein lieber christlicher Mitbruder Brüning schon eine Verordnung herausgehen ließ, daß niemand mehr als 200 Mark über die deutsche Grenze hinausführen dürfe. Dreihundertfünfunddreißigtausend Mark sind aber erheblich mehr als zweihundert. Und als er über Gurek hinaus war, da fiel ihm das tröstliche Wort der heiligen Schrift ein, daß die linke Hand ja nie zu wissen brauche, was die rechte tut.

Und dann stand er vor dem deutschen Zöllner an der Grenzsperre des Bahnhofs von Sumina, und der fragte freundlich, wieviel Geld der geistliche Herr bei sich habe. „Etwas über hundert Mark“ antwortete der unbefangen und ehrlich. Denn er hatte wirklich etwas über hundert Mark bei sich. Aber siehe, der Zöllner schien ein Kind der Finsternis, ein Ungläubiger. Er zog den frommen Sünder in die Untersuchungszelle. —

Leute, die eine Viertelstunde später auf den polnischen Bahnsteig von Sumina an einem Geistlichen vorbeigingen, hörten den eine gar wunderliche Litanei beten, in der von Pieruna ognisti und anderen Heiligen viel die Rede war. Nun, die Kinder des Lichts wissen, daß der Weg zum Himmel quer durchs Fegefeuer geht.

Und der, ohne dessen Willen kein Sperling vom Dache fällt, wird schließlich wissen, warum er seinen Diener aus Pschow so gräßlich prüfte. Denn leichter geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß ein Mann von 335 000 Mark Vermögen in den Himmel kommt.

Allerdings, so mit einem Handgriff eine Drittel Million zu verlieren, das ist auch um in den Himmel zu fahren.

Achtung, freie Bahn zum Start für den Pfarrer von Pschow! ky.

Das Buch

Spartacus

An der Schwelle der Freiheitskämpfe aller Zeiten steht die überragende Gestalt des Spartacus, jenes jungen Thrakers, der vor zweitausend Jahren an der Spitze eines Sklavenheeres das Römische Weltreich in die größte Gefahr brachte. Sein Name ist mit der modernen Arbeiterbewegung untrennbar verwoben, viele gefühlsmäßige Vorstellungen erwachen im modernen Proletariat, wenn dieser Name erklingt — aber über seine wirkliche Bedeutung, über seine geschichtliche Rolle, über die tieferen Ursachen seiner erstaunlichen Siege und seiner endlichen Niederlage war uns bisher nur wenig bekannt. Diesem Mangel wird abgeholfen durch ein sehr lesenswertes Buch des französischen Historikers Marcel Ollivier, das unter dem Titel „Spartacus“ jetzt in deutscher Uebertragung von Bernhard Jolies im Dresdner Verlage von Kaden & Komp. erschienen ist. Man rühmt dieses Buch am treffendsten mit den Worten, die Henri Barbusse in seinem Vorwort schreibt: „Ein herrlicher Bericht, erhebend und aufwühlend zugleich, ein Bericht, der erleuchtet und Begeisterung weckt. Und doch ein Bericht ohne phrasenhaften Schwung, ohne Pathos, ohne jeden Schmuck des Wortes. Ein nackter Bericht. Keine Literatur also, sondern Geschichte, Geschichte in des Wortes Bedeutung.“ Und wir dürfen hinzufügen: eine sehr aktuell anmutende Gschichte, aus der wir gerade jetzt sehr viel lernen können für den Kampf der Arbeiterklasse, für die Taktik des Proletariats, für die Notwendigkeit der proletarischen Einheit. Denn so gewaltig der Unterschied ist zwischen dem antiken Rom und dem Kapitalismus des Jahres 1932, zwischen den Sklavenmassen vor zweitausend Jahren und dem organisierten Proletariat der Gegenwart: die Grundgesetze des proletarischen Befreiungskampfes waren im Kern damals die gleichen wie heute. W. F.

Der Kampfkongress gegen den Krieg

Henri Barbusse ruft die Bauern gegen den Krieg auf

Henri Barbusse richtet an die Bauernschaft Frankreichs einen Appell, in dem es u. a. heißt:

Ein ungeheurer Teil der europäischen Erde, ein ungeheurer Teil der französischen Erde, die vier Jahre lang von Granaten zerrissen, von Kugeln zerfetzt, zerstampft und mit Blut getränkt und durch Gase vergiftet wurde, ist voll von Leichen. Würde man sie zählen, fände man unter 10 Toten 8 Bauern.

Durch das maßlose Hinschlachten der Bauernschaft vor allem manifestierte sich das grauenvolle Attentat, das die Geschäftemacher, die die Geschäfte der Welt leiten, allein für ihren Profit angezettelt haben und durch andere durchführen ließen. Ihr Bauern wart die Hauptopfer des Krieges.

Es handelt sich nicht um gestern, sondern um heute und morgen, es handelt sich um eure Haut und um euer Geld!

Der Krieg von morgen rückt in immer greifbarere Nähe.

Die Sowjetunion ist auf das ernsteste bedroht. Glaubt nicht, daß dies eine Illusion sei. Ihr müßt wissen, daß der Krieg zwischen Japan und Rußland längst zum Ausbruch gekommen wäre, wenn nicht die Sowjetunion ihren heißesten Friedenswillen bis zum äußersten bekundet hätte.

Der japanische Imperialismus hat sich mit den anderen imperialistischen Staaten augenscheinlich bereits geeinigt, sich auf China zu stürzen, dem er bereits ein Gebiet entrissen hat, das so groß ist wie Frankreich und Italien zusammen, und dem er noch mehr entreißen möchte. Sie haben sich offensichtlich auch für den Krieg gegen die Sowjetunion verständigt.

Denn die Sowjetunion hat ein Verbrechen begangen: sie hat den Staat der Arbeiter und Bauern aufgebaut, gestützt auf die Arbeit aller, und sie beweist durch die Tatsache selbst, indem sie im eigenen Lande die Erwerbslosigkeit abschaffte, die Tiefe und verhängnisvolle Sinnlosigkeit der sozialen und politischen Grundsätze, an denen fünf Sechstel der Welt ersticken.

Auch diejenigen unter euch, die sich an die Schrecken des letzten Krieges erinnern, wissen genau, daß der nächste tausendmal fürchterlicher sein wird; ein Krieg mit dem Bombardement durch Flugzeuge, durch Tanks, mit Gasen von phantastischer Zerstörungskraft — jede der großen imperialistischen Mächte hat genügend Gase im Vorrat, um die gesamte Menschheit zu vernichten —, mit Bakterienschwärmen, die überall, auf ganzen Kontinenten, Menschen, Tiere und Pflanzen zerstören werden.

In diesem Kriege werdet ihr wieder die gleiche nackte und blutende Armee bilden wie in früheren. Bauern, Landarbeiter, ihr Bearbeiter der Scholle, euch braucht das Land so dringend zum Leben, und euch brauchen die Verbrecher, die heute die Herren sind, so dringend für die Werke des Todes — ihr sollt noch einmal die Schlachtopfer sein.

Wir erwarten von euch eine positive und wirksame Tat.

Zum erstenmal in der Welt haben wir den Gedanken eines großen wirklichen Kongresses gegen den Krieg gefaßt, eines Kongresses, der am 28. August in einer Stadt Europas stattfinden wird.

Dieser Gedanke hat bereits einen ungeheuren Widerhall gefunden. Zu Tausenden haben sich Einzelpersonen: Intellektuelle, Wissenschaftler, Künstler, Arbeiter, Angestellte und Bauern, zu Hunderten gewerkschaftliche Organisationen aller Parteien, Vereinigungen, Verbände, Kommunen, Schulen usw. usw. dem Kongreß angeschlossen.

Es ist dringend erforderlich, daß die Vertreter der Bauernschaft auf dem Kongreß erscheinen; sie müssen in bedeutender Zahl vertreten sein.

Wir erwarten also in brüderlichem Vertrauen, daß die Vertreter des Landes in Massen auf unseren Ruf antworten. Schließt euch dem Kongreß an!

Mögen vom Norden zum Süden, vom Osten zum Westen die Millionen von Männern und Frauen, die sich unter der Last der Ernte-arbeit beugen, in herrlicher Einmütigkeit am Tage der Kundgebung ihre schwere Arbeit verlassen und ihren unbeugsamen Willen zum Kampfe gegen den Krieg bekunden! Dieser Wille ist ein Befehl. Der Aufschrei der Arbeiter des Landes, zusammen mit den Arbeitern der Fabriken und der Geistesarbeiter, wird die Kriegsverbrecher zum Nachdenken — und selbst zum Rückzug — zwingen!

Wien im antifaschistischen Kampf

Unter dieser Ueberschrift erschien vor einigen Tagen (31. 7.) von einem Jugendgenossen eine Schilderung des antifaschistischen Kampfes der österreichischen Sozialdemokratie. Zur Ergänzung dieses sehr optimistischen Berichtes möchte ich an eine Schattenseite des Wiener antifaschistischen Kampfes erinnern, an die Universität, einen Schandfleck des roten Wiens.

Universität, Technische Hochschule und die Hochschule für Welthandel stehen vollkommen unter dem Terror der Nationalsozialisten. Nationalistische Kundgebungen, Judenpogrome und Prügeleien gegen Andersdenkende stehen auf der Tagesordnung. Die Faschisten fühlen sich als Herren der Universität und maßen sich das Hausrecht an. Ketten von uniformierten SA-Leuten sperren die Universität bei den Kravallen ab. Wenn irgendwo im Reich einmal die Faschisten von Arbeitern etwas hart angepackt worden sind, schon führen die Nazis an der Universität eine

„Judenreine Woche"

durch. Während dieser Zeit werden sämtliche Juden aus der Universität herausgeprügelt.

Doch selbst vor der Universität ist das Spießrutenlaufen noch nicht zu Ende. In einigen Fällen wurden die Juden weit durch die Straßen der Stadt gehetzt, bis sie in Wachtstuben Schutz suchen mußten vor den heldenmütigen „Ariern".

Die Behörden setzen diesen nationalistischen Umtrieben keinen ernsthaften Widerstand entgegen. Der Rektor ist während der Schlägereien nie zu erreichen und die Universitätspedelle spielen eine zweideutige Rolle. Die Polizei hat selbstverständlich keinen Zutritt zu dem „geheiligten akademischen Boden", ganz gleichgültig, ob 5 Meter von ihnen entfernt jüdische oder sozialistische Studenten halb tot geprügelt werden. Wenn es sich um solche „kleinen Entgleisungen der nationalen Jugend" handelt, drückt die Wiener Polizei auch gern ein Auge zu; erinnern wir uns doch, daß es dieselbe Polizei ist, die in den Julitagen 1927 auf sozialdemokratische Arbeiter Jagd machte und sie wie Hasen abschoß.

Man sollte nun erwarten, daß, wo die Behörden versagen, die sozialistischen Studenten zur Selbsthilfe greifen würden. Umfaßt doch die Wiener Ortsgruppe der Sozialistischen Studentenschaft 3300 Mitglieder. Aber hier fehlt es am entscheidenden Widerstand. Trotz des Bestehens einer besonderen akademischen Legion im Schutzbunde kann von nennenswerten Verteidigungsaktionen gegen den Hochschulfaschismus keine Rede sein. Wenn einige Genossen einmal ihr Mißfallen über dies kampflose Verhalten äußern, so werden sie von älteren, erfahrenen Parteigenossen besänftigt nach der Melodie:

„Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren"

Auch der Vorstand der Sozial. Studentenschaft ist vollkommen in reformistischen Ideologien befangen. Die Aufnahme von SAP-Mitgliedern wird von ihm kategorisch abgelehnt. Aber auch in der Sozialistischen Studentenschaft gibt es einen starken revolutionären Flügel, der für die SAP und ihre Politik eintritt. E. Reinecke, stud. phil.

Unwetterkatastrophen

Weinernte im Moseltal vernichtet — 14 Personen durch Unwetter in Polen getötet

Berncastel, 5. August.

Am Donnerstagnachmittag ging über dem Gebiet der Mittelmosel ein furchtbares Unwetter nieder, das ähnlichen Schaden anrichtete wie die Unwetterkatastrophe vor einigen Wochen. In kürzester Zeit waren Weinberge und Felder überschwemmt. Die Weinernte ist teilweise bis zu 50 v. H. vernichtet. Der Schaden läßt sich noch nicht annähernd übersehen. Die Reichsbahndirektion Trier teilt mit, daß die Strecke Wengerohr—Berncastel—Oues bei Lieser-Mühlheim von Wasser und Erdmassen während des Unwetters überschwemmt worden sei, so daß der Zugverkehr unterbrochen wurde. Das Gleis konnte jedoch bald wieder freigelegt werden.

•

Warschau, 5. August.

Durch Blitzeinschläge im Bezirk Lublin wurden in der letzten Nacht fünf Personen getötet und zwölf lebensgefährlich verletzt. In Brest-Litowsk riß der Sturm bei sieben Häusern die Dächer ab und warf zwei Häuser um. Zwei Personen fanden dabei den Tod. Zwanzig wurden durch herabstürzende Trümmer verletzt. Durch Blitzeinschläge wurden hier drei Personen getötet. In der Woiwodschaft Kielce tötete der Blitz vier Personen, darunter drei Kinder. Die Telephon- und Telegraphenverbindung in den genannten drei Ortschaften ist vielfach unterbrochen worden.

Ueber dem nördlichen Teil der Woiwodschaft Pommerellen entlud sich gleichfalls ein überaus schweres Gewitter. Vor Gdingen hat das Wasser den Eisenbahndamm unterspült. Die Schienen hängen auf der Strecke in einer Länge von etwa zwei Kilometer vollständig in der Luft. Der Eisenbahnverkehr mußte unterbrochen werden. Im Gdinger Hafen wurde eine Jacht vom Sturm losgerissen und ging unter.

Besucht das

„Proleton"

Arbeiter-Sport-Kartell

Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" erneut verboten

Stuttgart, 4. August.

WTB. Das Innenministerium hat die kommunistische „Süddeutsche Arbeiterztg." auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 auf die Dauer von acht Tagen verboten.

Riesenfeuer in Chicago

Aufopfernde Arbeit der Feuerwehrleute — Heerden von tausenden Stück Vieh verbrannt — Millionenschaden

Chikago, 5. August.

CNB. Ein Riesenfeuer im Schlachtviertel brach in einem Getreidesilo aus und breitete sich, begünstigt durch starken Sturm, rasch auf die Schlächtereien und Viehhöfe der Omaha Packing Plant Compagnie aus. Es bedrohte auch zeitweilig die benachbarten Gebäude. An der Bekämpfung der Katastrophe nahm die ganze verfügbare Feuerwehr der Stadt teil. Sofort nach dem Ausbruch des Feuers wurden alle Feuerwachen alarmiert, die ihre gesamten Mannschaften und sämtliche Löschapparate zum Schauplatz sandten. Auf den großen Zufahrtsstraßen nach dem Südwesten stockte eine zeitlang der gewaltige Riesenverkehr. In ununterbrochener Folge rasten die Löschautomobile, deren Signale in den Straßenschluchten der Wolkenkratzerstadt tausendfaches Echo fanden. Der Abendhimmel war im Südwesten blutrot gefärbt; überschritt man den Südarm des Chicago River, der das Geschäftsviertel vom Industrieviertel trennt, so sah man bereits die gewaltigen Flammengarben. Die städtische Polizei hatte den ganzen gefährlichen Komplex abgesperrt, was sie aber nicht verhindern konnte, war, daß sich Hunderdttausende von Menschen an den Ketten ansammelten, um das einzigartige Schauspiel zu bestaunen. Am Brandherd selbst, einer relativ kleinen Stelle, arbeiteten Hunderte von Feuerwehrleuten in qualvoller Enge und unter fürchterlichsten Bedingungen. Immer von neuem stießen sie vor, und nur ihrer Aufopferung ist es zu danken, daß den Flammen Einheit getan werden konnte. Der Getreidesilo, der zuerst Feuer fing, ist völlig zerstört. Millionen Bushel Getreide sind Opfer der Flammen geworden. Oberflächliche Schätzungen beziffern hier den Schaden auf etwa 1 Million Dollar. In den Hürden des Viehhofes sind in die Tausende gehende Stück Groß- und Kleinvieh verbrannt. Man glaubt, daß hier der Schaden etwa 5 Millionen Dollar beträgt. Bei den Löscharbeiten erlitten auch einige Feuerwehrleute Rauchvergiftungen.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

10) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Aber auch zu Hause sind Seine Majestät unentbehrlich! In den nächsten Tagen müssen die wichtigsten Fragen erledigt werden, die wir unmöglich telephonisch behandeln können!"

„Nein, es geht nicht! Du hast Ludendorff abgesetzt; jetzt muß ich Groener einführen. Ludendorffs Fortgehen ist ein schwerer Verlust fürs Heer. Diesen zu ersetzen ist mir Pflicht, und den Ersatz einzuleben notwendig. Daher reise ich heute abend!"

„Das wird Feldmarschall v. Hindenburg doch sicher allein tun können. Wir gehen jetzt den schwersten Tagen entgegen. Da können Eure Majestät nicht abwesend sein."

„Nein, ich fahre heute abend!"

„Aber Majestät, ich muß bitten . . ."

„Es bleibt dabei, ich reise!"

Der Kanzler ist am Ende seiner Argumente angelangt. Soll er um seine Entlassung bitten? Er verwirft den Gedanken sogleich wieder. Zweimal hat er in den letzten acht Tagen schon die Kabinettsfrage gestellt. Er muß dieses letzte Druckmittel noch in der Hand behalten. Es bleibt nur übrig, den Kaiser im Neuen Palais aufzusuchen. Aber dann muß er seine Reserve in der Abdankungsfrage aufgeben und als Reichskanzler dem Kaiser diese Frage vortragen.

Der Prinz ist dazu entschlossen.

„Ich bitte, von Seiner Majestät zum Vortrag empfangen zu werden!"

Der Kaiser wehrt ab:

„Nein, das geht nicht. Du hast die Grippe. Die Aerzte erlauben mir das nicht. Sie fürchten eine Ansteckung. Außerdem mußt du dich schonen!"

„Ich bitte trotzdem —

„Nein heute nicht!"

„Majestät, ich bitte — — — Hallo, hallo . . ."

Die Majestät antwortet nicht mehr. Die Verbindung ist abgerissen, vom Kaiser abgebrochen worden. Der Kanzler legt den Hörer weg, er legt ihn hart auf die Gabel des Apparats auf. Der Kaiser hat — — schließlich ist er nicht nur Kanzler und Oberster Beamter des Reiches; er ist ein Zähringer Prinz, der künftige regierende Großherzog von Baden! .

Der Prinz wandert von einem Zimmer ins andere, seine Krankheit hat er vergessen. Er bleibt an einem Fenster stehen und sieht zu, wie der Wind die Zweige und Baumkronen vor dem dunklen Nachthimmel bewegt.

Muß er jetzt nicht seine Entlassung nehmen?

Er erinnert sich an ein Bild, an das Kolossalgemälde Anton v. Werners, das in seiner heimatlichen Besitzung Salem die halbe Wandfläche des großen Saales bedeckt: Die Kaiserkrönung in der „Galerie des glaces", im alten französischen Königsschloß zu Versailles. Der König von Preußen, umgeben von den deutschen Bundesfürsten, an der Spitze ein Großherzog von Baden, sein Großonkel.

Die Entlassung nehmen? Nein, es geht nicht mehr um den Kaiser, geht nicht mehr um einen Einzelnen, auch nicht um den gekränkten Stolz eines Einzelnen. Die Dynastie und der monarchische Gedanke sind in Gefahr. Es geht um Bestand oder Untergang des Reiches. Er wird den Posten halten, auf den er gestellt ist. Jawohl, das wird er! Treue über die Person des Kaisers hinaus, Treue der Idee . . .

Am nächsten Morgen sitzt Scheidemann an seinem Bett.

Scheidemann hat dem Kanzler einen Brief geschrieben, nach dem er sich gezwungen sieht, „die Forderung, die in der Presse nicht gestellt werden darf, im Kabinett zu stellen: die Herren Staatssekretäre möchten den Herrn Reichskanzler bitten, Seiner Majestät, dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten".

Der Kanzler richtet sich müde auf:

„Ich habe alles getan. Ich habe den Kaiser über die Auffassung des Inlandes und des Auslandes orientiert. Aber Sie dürfen mich nicht so unter Druck setzen — — es ist doch eine furchtbar schwere Entscheidung!"

Auch Scheidemann will nicht, „daß der Kaiser in eine unwürdige Rolle gedrängt wird", auch Scheidemann und die Sozialdemokraten wollen dem Kaiser die große Geste freiwilliger Thronentsagung offenlassen.

„Unsere Presse hat sehr zurückgehalten, aber jetzt läßt sie sich nicht mehr zurückhalten!"

Dann spricht Scheidemann wieder über die Stimmung.

„. . . die wird immer schlechter. Ich habe überhaupt keinen Menschen getroffen, der sich für das Verbleiben des Kaisers aussprach. Ich habe nicht nur mit Arbeitern und Geschäftsleuten geredet, sondern auch mit bekannten Staatsmännern. Ein Bundesratsmitglied hat mir gesagt, daß sogar ein Bundesfürst in einem Briefe geschrieben habe: Er muß weg!"

„Es ist eine furchtbar schwere Entscheidung!"

„Aber sie muß fallen, sie muß bald fallen!"

Schließlich gelingt es dem Kanzler, Scheidemann zu veranlassen, seinen Brief zurückzunehmen. Nachdem Scheidemann gegangen ist, empfängt er den Vizekanzler und Dr. Solf, die ihm über die Debatten im Kabinett berichten. Alle Fragen, die das Kabinett zu lösen hat, laufen in der einen Alternative zusammen: entweder Abdankung des Kaisers — oder Verzicht auf die Nationale Verteidigung.

An diesem Tage und auch an den folgenden sitzen sie nacheinander am Bett des Kanzlers, Persönlichkeiten, die das Kabinett herangeholt hat, dem Kaiser die Abdankung vorzutragen — Staatsmänner, Diplomaten, Hofleute, auch ein Hohenzollernprinz. Und alle lehnen diese Aufgabe ab, auch die Generäle lehnen ab, auch der Oberhofprediger v. Dryander, den der Prinz zu überzeugen versucht, daß er als Seelsorger und Freund des Kaisers der Nächste für diese Mission sei. Der Herr Oberhofprediger entgegnet: er stehe nicht in einem genügend nahe: Vertrauensverhältnis zum Kaiser, um der natürliche Vermittler solcher Gedankengänge sein zu können.

Zuletzt erklärt der Innenminister Drews sich dazu bereit.

Prinz Max, der zum ersten Male seit Tagen aus dem Bett aufgestanden ist, trifft den Minister nach der Kabinettssitzung und sagt: „Reisen Sie noch heute, um als preußischer Minister Ihren König über die Stimmung im Lande aufzuklären!" Der Minister erwidert den Händedruck des Prinzen, aber er ist kaum imstande, ein Wort hervorzubringen. Die bevorstehende Aufgabe erscheint ihm allzu schwer, — nachdem der Prinz weitergegangen ist, stützt er sich am Treppengeländer, es verlassen ihn fast die Kräfte.

Kopfschüttelnd kommt der Kanzler in sein Arbeitszimmer zurück.

Er läßt sich mit dem Grafen Lerchenfeld verbinden, teilt ihm mit, daß er die größten Zweifel habe, daß der streng sachliche Beamte Drews sich in der ungewohnten Hofatmosphäre werde durchsetzen können, und bittet den Grafen, den Minister nach Spa zu begleiten. Der Graf ist dazu bereit; aber nach einer Stunde meldet er dem Kanzler, daß er nicht die Erlaubnis der bayrischen Regierung für diese Mission erhalten habe.

Einen Tag später trifft der Vetter des Kanzlers, Prinz Friedrich Karl von Hessen, in Berlin ein. Er ist bereit, hinter dem Minister Drews herzufahren.

Ein Extrazug wird bereitgestellt. Die Staatssekretäre stellen die nötigen Dokumente zusammen. Prinz Max nimmt an einer Versammlung der Mitglieder des Bundesrats teil und hält den ganzen Tag über Besprechungen ab. Abends läßt sich Prinz Friedrich Karl bei ihm melden.

Der Kanzler glaubt, er komme, um sich von ihm zu verabschieden. Aber Friedrich Karl ist schwankend geworden. In gewundenen Sätzen erklärt er seinem Vetter, daß das Vertrauen, das er in ihn gesetzt habe, ihn sehr ehre, daß er aber doch große Zweifel habe, ob er die geeignete Persönlichkeit für die bevorstehende Aufgabe sei.

(Fortsetzung folgt.)

Schlesischer Arbeiter-Sport

Fußballvorschau für den 7. August 1932

Am kommenden Sonntag beginnt die zweite Runde
er Arbeiter-Fußballer. Da die Spiele nunmehr in
n entscheidendes Stadium treten, erhalten sie eine
rößere Bedeutung. Die Spiele der ersten Mann-
haften beginnen sämtlich 12.30 Uhr.

In Deutsch Lissa sollte es zwischen Union und
fB einen harten Kampf geben, den Union I wohl
r sich entscheiden müßte. — An der Rennbahn sollte
Ute Rasse nach ausgeglichenem Spiel VfB glatt ge-
innen. — Ob Einheit in Ohlau siegen wird, ist
hr fraglich. — Auf dem Rotweiß-Platz wird ein
teressanter Kampf zwischen Sportfreunde und Falke
en Stapel laufen. Falke wird sehr kämpfen müssen, um
s Sportfreunde schlagen zu können. — Einen leichten
eg sollte VfB über Wratislawia in Oltaschin erringen.

Zeigt Sparta die Form der letzten Sonntage, dann
rfte auch Pfeil auf der Brückenaue zu schlagen
n. — Ebenso sicher sollte auch Blauweiß auf dem
arta-Platz SilKick abfertigen (10 Uhr). — West
t wohl eines der schwersten Spiele vor sich und
ß mit voller Mannschaft antreten, um in Strehlen
stig abschneiden zu können. — Südost wird erst
großen Widerstand Hertas brechen müssen, um
Klettendorf zu weiteren Punkten zu kommen. —
efskampf gibt es in Gräbschen zwischen Stern und
rn. Gefühlsmäßig erwartet man Stern als Sieger.
1921 weist zur Zeit eine Formverbesserung auf,
te aber gegen 1930 unterliegen. — In Gandau
—fen 5.fl. und Wacker. Der Ausgang erscheint
r zweifelhaft. — Schmarse hat Peisterwitz zu Gaste
sollte einen knappen Sieg landen. — Ein weiterer
g sollte Namslau in dem Spiel gegen Juliusburg
sein. — Adler wird schon mit vollem Ernst bei
Sache sein müssen, um in Marzdorf den dortigen
schlagen zu können. — In Hundsfeld hat Nadlitz
ne Aussichten auf Sieg, und auch Lomsch sollte
en Alt Bergel sicher verlieren. — Vor einem ganz
eren Erfolge steht Cawallen in dem Spiele gegen
nowitz. — Ein offener Kampf wird in Domslau
chen Kattern und Domslau zustande kommen. —
der Riemannshöhe sollten sich Tasmania und
Jansnuhl hart um die Punkte streiten. — Wer in
Spiel Rothsürben—Koberwitz den Sieger stellen
, kann man im Voraus nicht sagen. — Sollte die
m VfK's beständig sein, dann wird Schmolz am
ntag in Hermannsdorf verlieren. — Ein gutes Spiel
ist in Goldschmieden zwischen 1928 und Marschwitz
zu erwarten. Der Form nach sollte 1928 gewinnen. —
Herrnprotsch wird seine Spitzenstellung im Spiel gegen
Canth in Canth aufs neue befestigen. — Auf der
Brückenaue wird Rosenthal sehr kämpfen müssen, um
Vorwärts schlagen zu können. — Obwohl Trebnitz
gleichfalls auf der Brückenaue spielen muß, werden
sie doch Aslania abfertigen. — Ebenso sicher wird
Ransern Obernigk in Ransern verlieren. — Daß
Rotweiß Diana-Steine abfertigen wird, ist eine fest-
stehende Tatsache. — In Oswitz wird Wohlau unter
Beweis stellen müssen, daß die Niederlage in Wohlau
nur eine zufällige war. — Blaugelb trifft in Grüneiche
auf Einheit, sollte aber nicht bestehen können. —
Sirene am Vormittag, um 9.30 Uhr, stehen sich im
Stadion Schlesien und 1924 gegenüber. Wer den
Sieger stellt, kann man im voraus nicht sagen.

Handballgesellschaftsspiele für den 10. 8.

18.00: 1. Abt. II—1911 I, Lichenpark, Kindler
18.00: 6. Abt. IV—Marschwitz II, Ostpark, Girke
18.00: 8. Abt. II—2. Abt. II, Helmutwiese, Müller
18.00: 1897 II—Hundsfeld I, Lohewiese, Galisch

Spiele für den 11. 8.

16.30: 2. Abt. II Schül.—1925 II. Schül., Ostpark, Ver.
17.20: 2. Abt. I. Schül.—1925 I. Schül., Ostpark, Ver.
18.00: 8. Abt. I—6. Abt. I, Helmutwiese, Nagel
18.10: 12. Abt. Jug.—2. Abt. Jug., Stadion, Prietzel
18.15: 5. Abt. I—2. Abt. I Brückenaue, Jung

Spiele für den 14. 8.

9.30: 4. Abt. Jug.—2. Abt. Jug. Lohewiese, Werner
10.00: SilKick Sportlerinnen—VfB Sportl., Stadion, Frenzel
9.00: Marschwitz I—Hundsfeld I, Marschwitz, Dt. Lissa
17.00: 5. Abt. II—6. Abt. II, Brückenaue, Glaubitz
18.10: 5. Abt. I—6. Abt. I, Brückenaue, Fabian
9.30: 1. Abt. I—Südost I, Eichenpark, Gawlik
9.00: Stabelwitz II—Wratislawia I, Stabelwitz, Strehla
15.00: Stabelwitz Jug.—1925 Jug., Stabelwitz, Dt. Lissa
16.10: Stabelwitz I—1925 I, Stabelwitz, Sänger
16.00: 9. Abt. III—SilKick II, Gandau, Grieser, E.
17.10: 9. Abt. I—SilKick I, Gandau, Klose II

Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrerbund „Solidarität"
Ortsgruppe Breslau
Ausfahrten für den 7. 8.

Abt. Odertor: Nach der Ohle-Buhne, Start 13.30 Uhr am Vereinslokal.
Abt. Gräbschen: Nach Kammendorf, Star 6 Uhr an der Friedrichstraße.
Abt. Nikolaitor: Nach Schalkau, Start 6 Uhr, Striegauer Platz.
Abt. Stadtmitte: Nach Steine, Start 6 Uhr am Blücherplatz.
Abt. Odertor: Ohne Ziel, Start 7 Uhr am Weißenburger Platz.
Abt. Scheitnig: Ohne Ziel, Start 14 Uhr an der Fürstenschule.
Abt. Dürrgoy: Nach Treschen, Start 7 Uhr am Vereinslokal.
Jugendabteilung: Nach Pleischwitz, Start 6 Uhr am Mauritiusplatz.
Kindergruppe: Nach Pleischwitz, Start 7 Uhr am Gewerkschaftshaus.
Kraftfahrerabt.: Strandfest in Klein Tiergarten bei Ohlau. Start 7 und 13 Uhr, Endstation, Ofener Str. Fahrordnung: In Gruppen; Fahrleiter: Gen. Göbel.
Genossen! Macht für die Sonntag-Veranstaltung noch regste Propaganda. In der heutigen Ausgabe ist ein Gutschein enthalten.
Kartenvertriebsobleute müssen heut von 18 bis 19 Uhr im Büro abrechnen!

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgr. Brsl.

Sonntag, den 7. 8., Kraftwagenabfahrt morgens 3.15 Uhr. Unsere Kraftwagenfahrt in das Riesengebirge hatte starken Anklang gefunden. Wir sind gezwungen, die Fahrt am 21. 8. zu wiederholen. Bestellungen von Karten nimmt Freund Mertin, Ottostraße 21, entgegen. Fahrpreis (hin und zurück) 3.20 RM. Teilnehmen kann jedermann. Wer irgend den Betrag aufbringen kann, sollte nicht versäumen, einmal das schöne, gigantische Riesengebirge kennen zu lernen.
Mittwoch: Vorstandssitzung bei Freund Koch, Grimmstraße 12. Mittwoch: Photogruppe in der Benderschule. Freitag, von 5 Uhr an, Außenspiel im Stadion, Feld 5. Sonnabend: Volkstanzabend in der Turnhalle Rosenstr. 2.
Jugend: Wer nicht nach Krummhübel fährt, ist 9.15 Uhr an der „Scala" zur Veranstaltung der Kulturgemeinschaft. Eintritt 20 Pfg. Mittwoch pünktlich 1930 Uhr.
4. und 7. Frauenabt. Sonntag, den 7. 8., nach Peiskerwitz. Treffpunkt: Rad- und Autofahrer Sonnabend, 16.30 Uhr „Letzter Heller"; Bahnfahrer 20 Uhr Bahnhof Schmiedefeld; Sonntag 6.25 Uhr „Letzter Heller".
Freie Esperanto-Vereinigung Breslau. Dienstag, 9. 8., 20 Uhr, im Radioheim, Paradiesstr. 17, Übungsabend. Donnerstag, 22.30, Radiovortrag des Gen. Treutler.

ORGANISATIONS NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien, Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68

Distrikt 2 bei Ullrich, Viktoriastr., Referent anwesend.
Distrikt 18 bei Sander, Matthiasstr. 146.
Achtung! Das Büro ist bis auf weiteres vormittags erst um 11 Uhr geöffnet.
Proletarische Kulturgemeinschaft. Alle Mitglieder des Arbeitsausschusses müssen Sonntag, früh 8.30 Uhr, in der „Scala" sein.

SJV

Sekretariat, Kl. Holzstr. 3
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Rote Wespen. Heut, Sonnabend, müssen alle Mitwirkenden der Morgenfeier um 5.30 Uhr zur Probe bei Czichos, Kloster- Ecke Königgrätzer Str. sein.
Freidenker-Jugend Breslau. Wir gehen heut gemeinsam auf Nachtfahrt nach dem Landheim. Treffpunkt 20 Uhr am „Letzten Heller".
Monistische Jugend. Zentral. Sonntag bei schönem Wetter, Fahrt nach dem Zelt. Treffpunkt: Radfahrer und Fußgänger 6 Uhr Endstation der Linie 18 in Zimpel. Wer längere Zeit im Zelt bleiben will, Proviant mitbringen!

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde.
Achtung, Eltern und Helfer! Dringend wird allen Eltern der Besuch der Antikriegsfeier, die am Sonntag, den 7. August, früh 10 Uhr, in der „Scala", Nikolaistr., stattfindet, empfohlen. Karten für Erwerbslose für 20 Pfg. Erwerbstätige 30 Pfg. sind heut in der Mitgliederversammlung oder Sonnabend, von 10—13 Uhr, im Büro, Seydlitzstr., zu haben. An der Kasse selbst sind sie 10 Pfg. teurer.

Ortsgruppe Oels

Sonntag, 7. 8.: Lustiger Abend. Beginn 18 Uhr.
Dienstag, 9. 8.: Antikriegsveranstaltung (Lichtbilder, Gedichte, Vorlesung, Rede, Musik).

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Klempner und Hilfsarbeiter. Wegen bevorstehender Lohnverhandlungen fällt die Branchenversammlung am Montag aus. Wann die Branchenversammlung stattfindet, wird an dieser Stelle bekanntgegeben.
Chirurgie- und Orthopädiemechaniker. Donnerstag, den 11. 8., 19.30 Uhr, Zimmer 17.
Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen. Freitag, den 12. 8., 19.30 Uhr, Zimmer 10: Vortrag des Kollegen Paul Werner über: „Meine Erlebnisse in Sowjetrußland".
Heizungsmonteure und Helfer. Sonnabend, den 13. 8., 19.30 Uhr, Zimmer 6: Wichtige Tagesordnung.

Morgen! Morgen!

Sonntag, vormittag 10 Uhr, in der „Skala", Nikolaistr.

Anti-Krieg-Morgenfeier

Tonfilm „Westfront 1918"
Rede • Sprechchor • Rezitationen

Karten im Vorverkauf 20 und 30 Pf., an der Kasse 30 und 40 Pf.
(Auf nebenstehenden Gutschein Sondervergünstigung)

Gutschein
Wer diesen Gutschein bei der Sonntag-Morgenfeier abgibt, zahlt 5 Pfennige weniger,
25 Pf. statt 30, 35 Pf. statt 40.
Sozialistische Arbeiterpartei

Rote Antenne

Am Lautsprecher

Vom 7. bis 13. August 1932

Sonntag: 6.15: Hafenkonzert. 7.00: Morgenkonzert. 8.00: Morgenkonzert. 9.10: Jagdhunde. Zwanzig Minuten Verkehrsfragen. 10.00: Evangelische Morgenfeier. 11.00: In Muße zu lesen! 11.30: [illegible]kundgebung. 12.05: Mittagskonzert. 14.00: [illegible]sberichte. 15.00: Was der Landwirt wissen [muß]! 15.25: Kinderfunk: Ferien, ade! 16.25: Aus [illegible] Bad m: Bad Altheide. 18.00: Deutschland—[illegible]wegen. Fußball-Länderspiel der Arbeitersportler, [...]albzeit. 18.45: Schubert-Lieder. 19.15: Sport[nachrich]tate vom Sonntag. 19.25: Meine Eindrücke in [Ame]rika. 20.00: Berlin, wie es weint und lacht. 21.50: [Lohe]ngrin. 23.35: Tanzmusik.

Montag: 6.00: Funkgymnastik. 6.20: Morgenkonzert. 7.15: Berichterstattung über die Olympischen Spiele in Los Angeles. 8.15: Gymnastik für [Haus]frauen. 10.10: Schulfunk. 11.15: Zeit, Wetter, [Pres]se, Wasserstand. 11.30: Schloßkonzert. 13.05: [Mitta]gskonzert. 14.05: Mittagskonzert. 15.25: Schulfunk für Berufsschulen. 15.50: Die Übersicht. Kultur[...]n der Gegenwart. 16.05: Kinderfunk. 16.30: [Unte]rhaltungskonzert. 17.30: Das Buch des Tages: [...]: Das wird Sie interessieren! 18.10: Fünfzehn [Minu]ten Französisch. 18.25: Abendmusik. 19.30: [Für] die Landwirtschaft: Nationale Selbstbesinnung [des d]eutschen Klassizismus. 20.00: Das Feld. 21.00: [...]e Orchester-Serenade. 22.50: Abendmusik.

Dienstag: 6.00: Funkgymnastik. 6.20: Morgenkonzert. 7.15: Berichterstattung über die Olympischen [Spiel]e in Los Angeles. 10.10: Schulfunk. 11.30: Was [der L]andwirt wissen muß! 11.50: Konzert. 13.05: [Mittag]skonzert. 14.05: Mittagskonzert. 15.45: Das [Buch] des Tages. 16.00: Kinderfunk. 16.30: Konzert. 18.20: Stunde der werktätigen Frau. 18.40: Auf breiten Straßen durch Afrika. 19.00: Abendmusik. 19.35: Stimmen des Grenzlandes, Saarland. 20.30: Klavierkonzert. 21.30: Heitere Musik. 22.45: Über den Golfsport. 23.05: Funktechnischer Briefkasten. 23.15: Tanzmusik.

Mittwoch: 6.00: Funkgymnastik. 6.20: Morgenkonzert. 7.15: Berichterstattung über die Olympischen Spiele in Los Angeles. 8.15: Gymnastik für Hausfrauen. 11.30: Konzert. 13.05: Mittagskonzert. 14.05: Mittagskonzert. 16.00: Jugendstunde. 16.30: Kleine Klaviermusik. 17.00: Schorsch, der Rabe. 17.20: Der Ziegler erzählt. 17.40: Als Werkstudentin in Amerika. 18.00: Alte klassische Violinmusik. 18.30: Wirtschaftspolitische Grundforderungen des deutschen Handwerks. 18.50: Die bildende Kunst im Leben des Arbeiters. 19.15: Beseitigung von Rundfunkstörungen. 19.30: Alte Tänze. Neue Tänze. 21.00: Das unbekannte Schlesien. 22.35: Tanzmusik.

Donnerstag: 6.00: Funkgymnastik. 6.20: Morgenkonzert. 7.15: Berichterstattung über die Olympischen Spiele in Los Angeles. 11.15: Zeit, Wetter, Presse, Wasserstand. 11.30: Was der Landwirt wissen muß! 12.00: Verfassungsfeier der Reichsregierung. 13.05: Mittagskonzert. 14.05: Mittagskonzert. 15.35: Schlesischer Verkehrsverband. 15.45: Lustige Jugendstunde in Wort und Ton. 16.20: Unterhaltungskonzert. 17.15: Kriegsschiff und Heringslogger. 17.40: Das Buch des Tages. 18.10: Das wird Sie interessieren! 18.30: Abendmusik. 19.30: Auf breiten Straßen durch Afrika. 20.00: Konzert. 21.10: Konzert. 22.35: Schlesiens Sportschwimmsaison 1932. 22.50: Zehn Minuten Arbeiter-Esperanto.

Freitag: 6.00: Funkgymnastik. 6.20: Morgenkonzert. 7.15: Berichterstattung über die Olympischen Spiele in Los Angeles. 8.15: Für die Landwirtschaft: Gymnastik für Hausfrauen. 9.10: Schulfunk für Volksschulen. 10.10: Schulfunk für höhere Schulen. 11.15: Zeit, Wetter, Presse, Wasserstand. 11.30: Blaskonzert. 13.05: Mittagskonzert. 14.05: Mittagskonzert. 16.00: Stunde der Frau. 16.30: Unterhaltungskonzert. 17.30: Das Buch des Tages. 17.50: Das wird Sie interessieren! 18.10: Stunde der Musik. 19.00: Spanisch. 19.30: Blick in die Zeit. 20.00: Volkstümliches Konzert. 21.10: Jeder ist seines Glückes Schmied. 22.50: Tagesfragen des Sports. 23.10: Abendunterhaltung.

Sonnabend: 6.00: Funkgymnastik. 6.20: Morgenkonzert. 7.15: Berichterstattung über die Olympischen Spiele in Los Angeles. 8.15: Für die Landwirtschaft. 11.15: Zeit, Wetter, Presse, Wasserstand. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplattenkonzert. 14.05: Schallplattenkonzert. 16.05: Blick auf die Leinwand. 16.20: Die Mimik der Affen. 16.45: Im Teehaus zu den 100 Stufen. 18.00: Das wird Sie interessieren! 18.30: Abendmusik. 19.30: Für die Landwirtschaft. Moderne Ständegedanken. 20.00: Marinekonzert. 21.00: Heiterer Abend. 22.50: Tanzmusik.

[Bas]tler-Einzelteile - Rundfunkgeräte
[b]ei **ELEKTRA-RADIO**
nur 18/19 Nikolaistraße 18/19.

Rat und Auskunft

Wo holt sich der Proletarier Rat und Auskunft?
Sozialistische Arbeiterhilfe: Büro: Kl. Holzstr. 3.

Allgemeine Wohlfahrtsberatung:
Rat und Auskunft in allen Wohlfahrtsangelegenheiten Dienstag und Freitag von 19—20 Uhr, Mittwoch von 10—12 Uhr im Büro, Kleine Holzstr. 3.

Erziehungsberatung
Während der Sommermonate tagt die Erziehungsberatung nur noch Montag im Heim, Seydlitzstraße, und zwar von 18—19,30 Uhr.

Erwerbslosenberatung:
Beratung in allen Erwerbslosenfragen. Werktäglich, außer Sonnabend, in der Zeit von 9 bis 11 Uhr. Büro: Kleine Holzstr. 3.
Auswärtigen Anfragen bitten wir für die betreffende Beratungsstelle Rückporto beizulegen. Weitere Unkosten entstehen nicht.

Rechtsberatung der SAZ: In unserer Redaktion, Kleine Holzstr. 3, ist eine unverbindliche Rechtsberatung eingerichtet worden. Die Beratung findet jede Woche Montag zwischen 15 und 16.30 Uhr und Mittwoch zwischen 18.45 und 20 Uhr statt. Rechtsauskunft wird nur gegen Vorlegung der Abonnementsquittung oder des Parteibuches erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt. Eine Beantwortung von schriftlichen Anfragen wird nur dann vorgenommen, wenn Rückporto beiliegt.

Verantwortlich: R. Pfaff, Breslau; für Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung". Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG. Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I Treppe. Telephon 206 02.

BERLIN

[...]-Theater
[Fr]ankfurter Str. 132
E 7 Weidend 3422
[Sonn]tag, 7. August
[...] und 9 Uhr
[...]rzdame
[...]tenbühne
[Sonnta]g, 7. August
[...]00 Uhr
[...]t und Verleih
8.15
[...]lingsluft

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Reunion Cigarette
Fürst Pückler
Ia Qualität rein, mild, nur 5 Pfg.
[...] den herrlichen aus Kunstseide gewobten Bildern.

Großer Preisabbau!
Billig wie noch nie!
Inlette!
Oberbett . . Mk. 9.60, 10.—, 12.—
Kissen . . . Mk. 2.55, 2.85, 3.50
rot, türkisch, Mako.
Steppdecken . . . . . Mk. 19.50
Daunendecken . . . . Mk. 52.—
Wander-, Wochenend-Decken
in allen Preislagen.
Bettfedern
u. Daunen zu den bekannten billigen Preisen.
Bei Einkauf Gratisreinigung!
Böhm. Bettfedern-Spezial-Haus
Sachsel & Stadler
Berlin C 489
Landsberger Straße 43—45
Nähe Alexanderplatz.
SAP-Mitglieder 5% Rabatt!
In Gr.-Berlin Fahrgelderstattung

Lest die SAZ

Oberlausitz
[...] allerfeinste Butter, den [b]esten Käse u. Speisequark
[ka]uft man direkt oder in den
[Verk]aufsstellen der Molkerei
Herrnhut i. Sa.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Gaststätten der Arbeiter und Arbeitersportler

Wilkau
Restaurant „Zur Haltestelle"
für alle Ausflügler und Sportler beste Einkehrstätte
Mönchhof Kulmbacher und Wernesgrüner Grenzquell - Biere
Warme und kalte Speisen
Zeitgemäße Preise
Fernruf: Amt Zwickau Nr. 7669
Rudolf Ebert und Frau

Oberhohndorf
Kulmbacher Bierstuben
Das Verkehrslokal der Arbeitersportler
Inh.: Arno Rösch. Ruf 7142

Stettin
Feinbäckerei u. Konditorei
Gustav Tillack
Stettin, Granzstr. 19
Tägl. frische Backwaren jed. Art

Klingenthal i. Vgtl.
Schusters Restaurant
5 Minuten vom Bahnhof
Pächter Otto Meinel
Schön gelegen. Herrliche Waldumgebung. — Gesunde Zimmer. Musikalische Unterhaltung. Gutgepflegte Biere. Preiswerte Küche.

Werbt Abonnenten!

„Der Niedergang des deutschen Kapitalismus"
von Fritz Sternberg
soeben erschienen
Ladenpreis 9 Mark
Leser der SAZ und Genossen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4.50 Mark. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Expedition der SAZ, Kleine Holzstraße 3.

Besitzt Du schon die wichtige Wahlbroschüre von Genossen Walter Fabian
„Der proletarische Ausweg aus der Krise"
herausgegeben von der SAP, Bezirk Mittelschlesien, wenn nicht, fordere sie sofort im Sekretariat, Kleine Holzstr. 3, an. Sie kostet nur 5 Pfg.